

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis Mfr. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Einzelenteil: Ed. Steinbremer, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Kampf auf der ganzen Linie!

So überschreibt die „Fachzeitung“ ihr neuestes Opus die Berliner Aussperrung. Das Unternehmerorgan rät uns, „daß der Kampf in Berlin nur der Anfang einer Bewegung großen Stils gewesen ist, welche nunmehr zum Ausbruch gelangt“. Es gelte den Einzelabschlüssen der letzter durch die Gesellen ein Ende zu machen. In dieser Hinsicht sei die Berliner Aussperrung inszeniert worden: „Die Arbeitgeber mußten den Weg der Aussperrung betreten, weil sie mußten, daß ihnen dieses Kampfmittel zu einer für weitaus ungünstigeren Zeit nicht erspart geblieben wäre, wenn sie ihre Kollegen, die man sich dann zu Schlachtopfern versehen, nicht im Stiche lassen wollen.“

„... Wo immer ein Vertrag abläuft, da stellt der Holzarbeiterverband seine Forderungen, und sie gestalten sich immer exorbitanter und höher, je mehr Aussicht vorhanden ist, den betreffenden Ort oder Bezirk zu isolieren und in der Vereinzelung hochzunehmen und abzuschlagen. Es daher nur eine Abwehr dieses Kampfmittels, wenn es so wie die Arbeitgeber innerhalb der einzelnen Ortschaften, so nun auch die Verbände derselben untereinander zu gemeinsamer Stellungnahme zusammenschließen.“

In der Erkenntnis dieser Tatsache wolle es der Arbeiterschutzbund dahin zu bringen versuchen, daß die Kämpfe aufhören und etwa bestehende oder entstehende Streitfragen gleich allgemein zum Austrag gelangen. „... Besser einmal, wenn es nicht anders geht, einen allgemeinen Kampf um eine große Frage und nach der Ausführung einer Entscheidung dann wieder Ruhe auf der ganzen Linie!“ Deshalb werde der Arbeiterschutzbund die Zukunft abzuschließende Verträge sämtlich so gestalten, daß sie auf einen Termin ablaufen, damit dann alle zur Entscheidung stehenden Fragen mit einem Schlage zur Lösung gelangen. So seien schon in Düsseldorf und Köln die vorerzählten Verträge „so eingerichtet worden“, daß sie „mit einem in Berlin etwa zustande kommenden Vertrag gleichzeitig“ ablaufen.

„Auch in Dresden, Leipzig, Halle, Guben und Görlitz seien die Verträge demnächst ab, und die Verhandlungen gegen Erneuerung (derselben) dürften, wie es scheint, ziemlich kaum zum Ziele führen. Die Differenzen liegen diesmal weniger in Lohnfragen (?) und auf ähnlichen Gebieten, sondern vielmehr darin, daß auch die dortigen Arbeitgeber den Ablauf der Verträge überall gleichzeitig mit Berlin zu gestalten beabsichtigen. Dagegen sträuben sich die Arbeitnehmer, und wenn sie in diesem Punkte nicht nachgeben, so wird es auch dort zum Kampfe kommen, und am 1. April würden die Arbeitgeber ihre Betriebe stilllegen und ihre Arbeiter aussperrern.“

So die „Fachzeitung“, die hier einmal die Pläne des Arbeiterschutzbundes mit wünschenswerter Deutlichkeit enthüllt. Um Lohnfragen und ähnliche Differenzen handelt es sich diesmal also weniger, es handelt sich lediglich um eine Machtprobe gegen den Holzarbeiterverband. All das ejammer der Führer des Arbeiterschutzbundes in Berlin von wegen dem drohenden Untergang der Berliner Möbelindustrie bei Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit war also alles nichts wie elende Mache, inszeniert zu dem Zwecke, es in Berlin unter allen Umständen zum Kampfe zu treiben. Und die recht starke Zumutung des Arbeiterschutzbundes an unsere Kollegen, einen alljährigen Vertrag abzuschließen, der in den drei ersten Jahren keinerlei Lohnerhöhung, in den zwei letzten Jahren eine Lohnerhöhung von insgesamt 5 Prozent, ohne jede Arbeitszeitverkürzung vorliegt, ist also weiter nichts als ein Auftrag der Unternehmer, um ihre Stellung zu markieren, denn die Gründe genommen haben sie gegen unsere Forderungen nichts einzuwenden, sie wollen nur den Holzarbeiterverband schwächen. Auch in Dresden und Leipzig kommen die Unternehmer — wenn man der „Fachzeitung“ glauben will — unseren Kollegen in materiellen Fragen nur deshalb nicht entgegen, damit sie am 1. April aussperrern und den „Kampf auf der ganzen Linie“ zur Tatsache machen zu können. Und auch in Halle verweigerten die Unternehmer laut dem von ihnen vorgelegten Vertrag jede Lohnerhöhung nur deshalb, um eine Einigung hintertreiben und am 1. April aussperrern zu können.

Durch die Enthüllung des eigentlichen Zweckes dieser Aussperrungsaktion durch die „Fachzeitung“ wird jetzt auch direkt von berufener Unternehmenseite der wahre Charakter der mit Vertragsbruch zustande gekommenen Aussperrungen in Kiel und Wurg — über die die „Fachzeitung“ jetzt schamlos schweigt — enthüllt. Um die Schwächung des Holz-

arbeiterverbandes zu einer vollständigen zu machen, bedurfte man der Hereinziehung einer größeren Zahl von Orten in den Kampf, als sich bei strenger Beobachtung der Vertragsdauer durch die Unternehmer hereinziehen ließen. Deshalb brach man in Kiel und Wurg die Verträge, um die Kampffront des Holzarbeiterverbandes zu verlängern und den Kampf mit größerer Aussicht auf Erfolg durchführen zu können.

Es ist ein frivoles Spiel, das hier der Arbeiterschutzbund treibt, und sein Vorgehen wird deshalb nicht milder zu beurteilen sein, weil er auch in diesem Falle die Öffentlichkeit irre führt, indem er behauptet, die Kämpfe in Leipzig, Dresden, Halle usw. drehten sich weniger um Lohnfragen oder Differenzen auf ähnlichen Gebieten, sondern lediglich um die Frage eines gleichzeitigen Ablaufs der dort abzuschließenden Verträge mit einem in Berlin abzuschließenden Vertrag. Denn unsere Wissenschaft hat es der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei den Verhandlungen, die zurzeit mit dem Arbeiterschutzbund wegen Abschluß von Verträgen geführt werden, niemals abgelehnt, diesen Verträgen einen gleichen Endtermin zu geben. Die dahingehende Behauptung der „Fachzeitung“ ist direkt unwahr und geeignet, die Öffentlichkeit über die Differenzen hinwegzutäuschen.

Unsere Kollegen haben lange, bevor die „Fachzeitung“ den Feldzugsplan der Unternehmer enthüllte, gewußt, daß es sich bei diesem „Kampfe auf der ganzen Linie“ nur um eine Machtprobe des Arbeiterschutzbundes gegen den Deutschen Holzarbeiterverband handelte. Sie haben in der Erkenntnis, daß ihrer aller Interessen bei diesem Kampfe in Frage kommen und kein organisierter Kollege in Deutschland es zulassen kann, daß den Kollegen in Berlin, Kiel, Wurg, Halle, Leipzig, Dresden, Guben, Görlitz, Oldenburg usw. unwürdige Verträge aufgezwungen werden, einmütig ihren Willen zur Leistung von außerordentlichen Beiträgen zur Unterstützung der Kämpfer bekundet. In allen Zahlstellen landauf landab werden zurzeit Anträge auf Erhebung freiwilliger Extrabeiträge beraten. Es gilt, unserem Verband, den der Arbeiterschutzbund durch einen „Kampf auf der ganzen Linie“ aktionsunfähig machen will, seine alle Leistungsfähigkeit zu erhalten. Es gilt, den uns „auf der ganzen Linie“ aufgedrungenen Kampf, diese „Massenabschlachtung“, ebenso siegreich zu beenden, wie wir die Einzelkämpfe bisher siegreich beendet haben. Deshalb sind unsere Kollegen gerne bereit, ihr Bestes zu opfern, wenn Not an den Mann geht.

Gelogen wir gebend! Das kann man von einer Mitte voriger Woche verbreiteten Propaganda sagen, die es so hinzustellen versucht, wie wenn die in Dresden, Leipzig, Görlitz, Halle usw. in den letzten Wochen schwebenden Vertragsverhandlungen nur deshalb gescheitert seien, weil unsere Kollegen an diesen Orten sich geweigert hätten, Verträge einzugehen, die am gleichen Zeitpunkt wie der in Berlin abzuschließende Vertrag ablaufen. Diese Meldung war unter anderen in der „Frankfurter Zeitung“, dem „Berliner Lokalanzeiger“, dem „Berliner Börsen-Courier“, der „Volkszeitung“, Berlin, der „Berliner Abendpost“ und der „Magdeburgerischen Zeitung“ zu finden. Zum Überflusse verbreitet jetzt auch der Vorstand des Arbeiterschutzbundes diese wahrheitswidrige Meldung. Denn in einer offiziellen Ankündigung an seine Mitglieder behauptet er, die Arbeiter in den genannten Städten widersetzten sich auf das entschiedenste der Festsetzung eines gemeinsamen Endtermins der Verträge. Es heißt darüber weiter in der Bekanntmachung:

„Die Lohnfrage ist Nebenfrage, der Endtermin der neuen Vereinbarungen Hauptfrage geworden, und somit steht eine Aussperrung in den vorgenannten Städten am 1. April in Aussicht.“

Denkt der Holzarbeiterverband nicht in letzter Stunde ein, so wird der Kampf beschlußmäßig (!) auf der ganzen Linie ausgenommen, und kein Opfer soll uns zu hoch sein, denselben durchzuführen. . . .“

Tatsächlich hat die Frage des Endtermins der abzuschließenden Verträge bei den Verhandlungen eine nur nebensächliche Rolle gespielt. In der Hauptsache zerschlugen sich die Vertragsverhandlungen, weil die Unternehmer, die ja nun einmal die Aussperrung wollen, sich weigerten, Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen. Unseres Wissens hat denn auch der Verbandsvorstand bisher Einwendungen gegen die Festsetzung eines gemeinsamen Endtermins der jetzt abzuschließenden Verträge nicht erhoben, im Gegenteil hat er bei der einzigen Gelegenheit, sich über diese Frage gegenüber dem Arbeiterschutzbund zu äußern, erkennen

lassen, daß er nicht abgeneigt ist, über diese Frage in Verhandlungen einzutreten. Das beweist auch der Wortlaut der in Düsseldorf und Köln abgeschlossenen Verträge. Es wird deshalb nicht der Holzarbeiterverband sein, der hier in letzter Stunde einzulernen hat, sondern der Arbeiterschutzbund, der auch in diesem Falle wieder die Öffentlichkeit über die Ursachen der Differenzen in Leipzig, Dresden usw. täuscht.

Es ist übrigens von Interesse, daß der Arbeiterschutzbund es ist, der die wahrheitswidrigen Angaben über den jetzigen großen Konflikt in der Holzindustrie immer wieder in die Presse lanciert. Das kann in diesem Falle wenigstens unzweifelhaft festgestellt werden.

Die Hirsch-Duncker'sche „Eiche“ ist ganz auf das Niveau der „Fachzeitung“ herabgesunken. Alles, was sie über die Berliner Aussperrung schreibt, bewegt sich ganz im Geiste des Herrn Mahardt; sie hat sich durchaus die traurige Argumentation der „Fachzeitung“ im Kampfe wider die organisierte Holzarbeiterschaft zu eigen gemacht. Dieser kann ein Arbeiterblatt nicht gut sinken.

In dem Augenblick, wo die gesamte deutsche Holzarbeiterschaft sich nur mit den vom Arbeiterschutzbund mit Unterstützung der Hirsch'schen inszenierten Machtkämpfen beschäftigt, kann die „Eiche“ in behaglicher Breite über den Zusammenbruch einer — Gemeindefabrik in — Catania in Italien berichten. Wäre es für die „Eiche“ nicht viel naheliegender, über den moralischen Zusammenbruch des Hirsch-Duncker'schen Gewerkevereins Betrachtungen anzustellen?

Unsere Kollegen in Zuffenhausen haben in der letzten Zahlstellenversammlung beschlossen, der Hauptkassse zwecks Durchführung der jetzigen schweren Kämpfe 500 Mk. aus der Lokalkasse zu überweisen. Bravo!

In Berlin finden Anfang dieser Woche auf Anregung von einer außerhalb der Holzindustrie stehenden Seite Verhandlungen statt. Wie die „Fachzeitung“ betont, nehmen die Arbeitgeber an diesen Verhandlungen nur unter der Voraussetzung teil, „daß von seiten des Holzarbeiterverbandes auf die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit Verzicht geleistet werde“.

Da hätten sich die Unternehmer die Verhandlungen doch wohl ersparen können, denn vom Holzarbeiterverband werden Verträge nur dann abgeschlossen, wenn sie den Arbeitern Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse bringen. Und auch die Kollegen werden lieber noch einen monatelangen Kampf auf sich nehmen, als jetzt sich mit einem faulen Frieden zu begnügen.

Eine Schadenersatzklage gegen den Deutschen Holzarbeiterverband.

In der Schadenersatzklage des Arbeiterschutzbundes gegen die Holzindustrie von Hamburg und den Nachbarstädten gegen den Deutschen Holzarbeiterverband wegen des Mai-Feierkonfliktes im Vorjahr liegt nunmehr das schriftliche Urteil vor. Es wird sich empfehlen, die wichtigsten Stellen des Urteils hier wieder zu geben, da die Angelegenheit von weittragender rechtlicher und taktischer Bedeutung für unseren Verband ist.

In dem Urteil wird zunächst eine in der Hauptsache richtige Schilderung der Vorgänge beim Abschluß des Hamburger Vertrags gegeben. Es heißt da unter anderem: Der Vertrag setzte eine Schlichtungskommission für Streitfälle ein, verbot die Arbeitseinstellung vor Entscheidung dieser Kommission und bestimmte endlich, daß während der Dauer des Vertrags von keiner Seite Forderungen irgend welcher Art erhoben werden dürften. Nichtsdestoweniger sei es im Jahre 1906 zu „neuen Unruhen“ im Tischlergewerbe von Hamburg-Altona gekommen, die ihren Ausgang davon nahmen, daß auf Seite der Arbeiter die Beteiligung an der sogenannten Maifeier und demgemäß die Arbeitsenthaltung am 1. Mai geplant wurde, und daß Arbeitgeber, denen dies bekannt wurde, ihrerseits androhten, Arbeiter, die am 1. Mai der Arbeit fernbleiben würden, während dreier weiterer Tage nicht zur Arbeit wieder zuzulassen.“ Diese Drohung sei von einigen Arbeitgebern wahr gemacht worden, als die Arbeiter tatsächlich am 1. Mai feierten, worauf, wie früher bereits geschildert, die Aussperrten Lohnerhöhungen forderten und, wie das Urteil sagt, „über 13 Betriebe die Sperre verfügten“. Es folgte, immer nach dem Urteil, „eine unruhige Zeit, während der die ausländischen Arbeiter durch

Stellung von Streikposten, die zum Teil Ausschreitungen begingen, durch Überweisung des hiesigen Arbeitsnachweises usw." den ausgesperrten Betrieben allerhand Schwierigkeiten bereitet und ihnen sowie der Holzindustrie im allgemeinen Schaden zugefügt haben sollen.

Weiter wird auf die Klageforderung des Arbeitgeber-Schutzverbandes und der klägerischen Firmen, ihre Klagebegründung und die Einwände des beklagten Holzarbeiterverbandes näher eingegangen — alles das ist unseren Lesern in der Hauptsache bekannt. — Weiter sagt das Urteil:

„Die an zweiter Stelle verklagte Verwaltungsstelle Hamburg-Altona des Deutschen Holzarbeiterverbandes entbehrt, wie mit Recht geltend gemacht wird, der Parteifähigkeit, da sie nur ein Organ des Verbandes ist. Die Klage ist daher insoweit unter Anwendung von § 91 Z.-P.-O. im Kostenpunkt abzuweisen.

Bei der Entscheidung über die Klage gegen die beiden anderen Beklagten kann von einer Betrachtung ihrer etwaigen Haftung wegen unerlaubter Handlungen ganz abgesehen werden, denn die Klage ist bereits begründet, soweit sie auf eine Verletzung des Vertrags vom 16. Mai 1905 gestützt wird.

Mit Unrecht bestreitet hier zunächst der Holzarbeiterverband, daß er als der Gegenkontrahent der Arbeitgeber bei diesem Vertrag in Betracht komme, und mit Unrecht behauptet der Beklagte Neumann, daß er mit seiner Unterschrift

„für den Deutschen Holzarbeiterverband,
Verwaltungsstelle Hamburg-Altona
Adam Neumann,
Vorstand“

nur die hiesige Verwaltungsstelle, nicht den Holzarbeiterverband verpflichtet habe.

Die Verwaltungsstelle Hamburg-Altona führt, was ja auch gerade die Abweisung der gegen sie gerichteten Klage zur Folge hat, eine selbständige Rechtsexistenz nicht, sie ist nur ein Organ des Holzarbeiterverbandes. Wo daher diese Verwaltungsstelle im Rechtsleben handelnd auftritt, muß angenommen werden, daß sie als Organ des Verbandes diesen letzteren berechtigen und verpflichten will. Dies kommt auch durch die einleitenden Worte „Zwischen den Vertretern der nachstehend benannten Organisationen wurde unter heutigem Datum folgender Vertrag pp. vereinbart“ insofern zum klaren Ausdruck, als nicht die Verwaltungsstelle Hamburg-Altona, wohl aber der Holzarbeiterverband eine Organisation ist.

Dagegen fragte es sich, ob die Verwaltungsstelle Hamburg-Altona zur Vertretung des Holzarbeiterverbandes bei der Vertragsschließung berufen gewesen ist. Legt man bei Prüfung dieser Frage die Satzungen des Verbandes in der hier in Betracht kommenden Fassung ab 1. Juli 1904 zugrunde, so scheint die Berechtigung des handelnden Organs zweifelhaft zu sein. Nach den §§ 60 ff. scheiden sich die der Zentralverwaltung des Verbandes unterstehenden unteren Organe in Lokalverwaltungen und Gauverwaltungen. Die Lokalverwaltung wird von Zahl- oder Verwaltungsstellen ausgeübt; es liegt diesen ob, Einrichtungen zwecks regelmäßiger wöchentlicher Kasserung der Beiträge und Zustellung des Verbandsorgans zu treffen. Der Gauverwaltung, die von einer jeweils zum Vorort ernannten Zahlstelle ausgeübt wird, ist dagegen unter anderem die Wahrung der Interessen des Verbandes bei Lohnbewegungen zugewiesen. Sollte nun auch hiernach sachungsmäßig neben der Zentralverwaltung nur die Gauverwaltung zur Abschließung von Verträgen bei Lohnbewegungen berufen gewesen sein, so muß doch der Verband den von der Verwaltungsstelle in seinem Namen geschlossenen Vertrag vom 16. Mai 1905 gemäß § 177 B.-G.-B. gegen sich gelten lassen. Bei der Bedeutung des Vertrags für die Holzarbeiter kann es nicht zweifelhaft sein, daß auch die Gauverwaltung und die Zentralverwaltung von dem Vertrag Kenntnis erlangt haben, wie denn auch in dem Jahresbericht der Verwaltungsstelle Hamburg-Altona für 1905 der Vertrag mit sämtlichen Vorverhandlungen in größter Breite erörtert ist, und wie die Streitigkeiten, die sich an diesen Vertrag angeschlossen, nach der unbestrittenen Behauptung des Klägers in dem Verbandsorgan zutage getreten sind. Nach Treu und Glauben kann, namentlich auch in Anbetracht der Tatsache, daß die Verbandsmitglieder andauernd die Vorteile des Vertrags genossen haben, bei dieser Lage der Sache nur angenommen werden, daß die Zentral- und die Gauverwaltung durch ihr Schweigen zu der Geschäftsführung der hiesigen Verwaltungsstelle den Vertrag genehmigt haben.

Was weiter den Beklagten Neumann angeht, so haftet er aus dem Vertrag, den er für den Holzarbeiterverband, einen Verein ohne Rechtsfähigkeit, abgeschlossen hat, gemäß § 54 B.-G.-B. persönlich.

Die Bedeutung des Vertrags vom 16. Mai 1905 bestand einerseits darin, daß den Arbeitnehmern während der Vertragsdauer ein Mindestlohn in Höhe des vereinbarten Stunden- und Akkordlohns zugesichert wurde, und andererseits darin, daß die Arbeitgeber während der Vertragsdauer vor einer Steigerung der damals bestehenden und in bezug auf den Mindestlohn festgelegten Lohnsätze geschützt sein sollten. Diese letztere Tendenz des Vertrags ist in Punkt 11 Abs. 4 zum Ausdruck gekommen. Es heißt an dieser Stelle:

„Während der Dauer dieses Vertrags dürfen von keiner Seite Forderungen irgend welcher Art erhoben werden.“

Es würde freilich zu weit gehen, wenn man die Organisationen, die den Vertrag abgeschlossen haben, in bezug auf die Erfüllung des Vertrags für etwaiges, dem Vertrag

widerstrebendes Verhalten ihrer Mitglieder ohne weiteres verantwortlich halten wollte. Indessen haben diese Organisationen sich doch zum mindesten verpflichtet wollen, nach Kräften darauf hinzuwirken, daß ihre Mitglieder die durch den Vertrag getroffenen Abmachungen einhielten. Daß beide Parteien dem Vertrag eine dahingehende Bedeutung beigemessen haben, ergibt die dem Vertragsschluß vorangegangene Korrespondenz (vergleiche Seite 12 und 13 des Jahresberichtes) auf das deutlichste. Derzeit hatten die Arbeitgeber zum Punkt 11 des Vertrags einen Schlusssatz gefordert:

„Beide Parteien haben bestrebt zu sein, alles zu tun, respektive nichts zu unterlassen, was zu einem friedlichen Verhältnis beiträgt.“

Die Antwort lautete:

„Nur der Schlusssatz erscheint uns von einem völlig unberechtigten Mißtrauen diktiert zu sein und ist deshalb für uns hinfällig. Wir verstehen Verträge so, daß ohne weiteres mit der Vereinbarung derselben beide Parteien die Pflicht haben, nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Geiste derselben entsprechend ihr Verhalten einzurichten. Um dieses von uns zu erreichen, bedarf es keiner weiteren vertraglichen Verpflichtungen.“

Hierauf liehen die Arbeitgeber ihr Verlangen mit der Begründung fallen:

„Da Sie uns in Ihrer Zuschrift die Versicherung geben, daß auch Sie Verträge so auffassen, daß sie nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Sinne nach zu halten seien, sind wir mit der Streichung des Schlusssatzes von Punkt 11 ebenfalls einverstanden.“

Der Holzarbeiterverband hat nun aber insofern dem Vertrag entgegengehandelt und seine Verpflichtung verlegt, für die Durchführung des Vertrags abseits der Arbeiter nach Kräften zu sorgen, als er denjenigen Mitgliedern, die entgegen dem Vertrag die Wiederaufnahme der Arbeit von einer Lohnherabsetzung abhängig gemacht hatten, eine sehr tatkräftige Unterstützung hat zuteil werden lassen. Daß dies geschehen ist, ergibt nicht nur der in betreff der Richtigkeit nicht beanstandete Zeitungsbericht über eine am 8. Mai 1905 vom Beklagten Neumann abgehaltene Mitgliederversammlung (11), sondern auch das Zugeständnis der Beklagten, daß der Verband den aus Anlaß der geforderten Lohnherabsetzung feiernden Mitgliedern Geldunterstützungen gewährt habe. Ob diese Unterstützung damals als „Arbeitslosenunterstützung“ bezeichnet ist, oder ob man ihr den richtigeren Namen „Streikunterstützung“ gegeben hat, ist ohne Bedeutung. Wie der Jahresbericht auf Seite 79 und § 4a und 4c der Satzung ersehen lassen, wird zwischen Unterstützung, die für gewöhnliche Arbeitslosigkeit und die für Arbeitslosigkeit infolge von Arbeitseinstellung usw. gezahlt wird, durchaus unterschieden, und es ist danach klar, daß im Mai 1905, da der Anlaß zur Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitseinstellung gegeben war, in Wahrheit nur eine Arbeitslosenunterstützung im Sinne von § 4a der damaligen Satzung in Frage gestanden hat. Auch kann sich der Holzarbeiterverband nicht etwa darauf berufen, daß er nach seiner Satzung zur Gewährung solcher Arbeitslosenunterstützung an seine Mitglieder verpflichtet gewesen sei; denn der Holzarbeiterverband muß es vertreten, wenn er Verpflichtungen einget, die anderweitig bestehenden Verpflichtungen widerstreiten, und ist zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er seine Verpflichtung nach einer anderen Seite erfüllt.

Was schließlich die Verteidigung betrifft, nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber hätten den Vertrag gebrochen, so ist diese hinfällig. Die Bestimmungen des Vertrags hinderten weder die Arbeiter, soweit ihre besonderen Arbeitsverhältnisse nicht entgegenstanden, am 1. Mai des Arbeit fern zu bleiben, noch auch waren Arbeitgeber verpflichtet, die ausgeschiedenen Arbeiter wieder einzustellen. Dem Vertrag wurde vielmehr erst dadurch zuwidergehandelt, daß höhere Lohnforderungen erhoben wurden. Hat danach nur der Holzarbeiterverband den Vertrag verlegt, und haften er und gemäß § 54 Bürgerlichen Gesetzbuchs auch der Beklagte Neumann auf Ersatz des Schadens, den diese Verletzung den aus dem Vertrag Berechtigten gebracht hat, so ist nur noch zu untersuchen, wer aus dem Vertrag berechtigt gewesen ist, und ob ein Schaden überhaupt erwachsen ist.

Berechtigt ist nun in erster Linie der Kläger gewesen, der den Vertrag abgeschlossen hat. Daß der Kläger durch die Vertragsverletzung des Holzarbeiterverbandes einen Schaden erlitten hat, liegt auf der Hand, da er unstreitig seinen von der Sperre betroffenen Mitgliedern die in § 23 der Statuten des Klägers vorgesehene Unterstützung gewährt hat.

Es muß aber weiter angenommen werden, der Kläger auch den Ersatz desjenigen Schadens von den Beklagten verlangen kann, der den 13 Bedenten des Klägers durch die Vertragsverletzung der Beklagten entstanden ist. Wie schon der Name des Klägers zum Ausdruck bringt, verfolgt der Kläger den Schutz seiner Mitglieder. Daß dies auch bei dem vorliegenden Vertrag das Ziel des Klägers gewesen ist, legt der Inhalt des Vertrags außer Zweifel. In solchen Fällen muß es als Vertragszweck angesehen werden, daß Vertragsschließende auch diejenigen Interessen aus dem Vertrag verfolgen dürfen, deren Schutz sie erkennbar für den Gegentontrahenten mit dem Vertrag angestrebt haben. Will man aber auch nicht zulassen, daß der Kläger aus eigenem Recht den Schaden geltend macht, den seine Mitglieder durch die Vertragsverletzung der Beklagten erlitten haben, so wird doch, um dem mit dem Vertrag angestrebten Ziel gerecht zu werden, der Vertrag als auch zugunsten der klägerischen Mitglieder geschlossen anzusehen sein. Dies würde den Klä-

rischen Bedenten einen Anspruch auf Schadenersatz wegen Vertragsverletzung geben, und Kläger könnte den Schaden seiner Mitglieder mithin jetzt aus zedertem Recht geltend machen. Daß der den Bedenten entstandene Schaden durch die vom Kläger den Bedenten bezahlte Unterstützung während der Sperre nicht gedeckt ist, erscheint glaubhaft; denn die Aussperrung betraf nur einen Teil der hiesigen Zischlerbetriebe, so daß ohne weiteres klar ist, daß, abgesehen von Konventionalstrafen, die die Bedenten getroffen haben mögen, ihnen auch erhebliche Gewinne dadurch entgangen sein müssen, daß neue Aufträge den Konkurrenten der Bedenten zugeflossen sind. Danach ist auch der Klageanspruch aus zedertem Recht begründet.

Die Klage ist demnach gegen die Beklagten zu 1 und 2 für begründet zu erklären.“

So die Urteilsgründe. Wir wollen dieselben etwas näher untersuchen und dabei den Nachweis erbringen, daß wieder einmal ein deutsches Gericht ein Urteil gegen eine Arbeiterorganisation zustande gebracht hat, das als ein Klassenurteil schlimmster Tendenz bezeichnet werden muß. (Schluß folgt.)

Zum Bericht der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft pro 1905.

Mit der in Nr. 48 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre erschienenen Kritik des Geschäftsberichtes der Berufs-genossenschaft war der Vorstand derselben nicht einverstanden. Er sandte uns eine Entgegnung nebst einigen Drucksachen, welche wir unserem Mitarbeiter zur Auserkung übergeben. Dieser schreibt uns nun zu der Angelegenheit:

Herr Kommerzienrat Faber stellt richtig, daß nicht er allein, sondern der Gesamtvorstand der Berufs-genossenschaft den Bericht herausgegeben habe, deshalb ein einzelnes Mitglied der Vorstandes für den Inhalt desselben nicht verantwortlich gemacht werden könne. Wir ehren das Solidaritätsgefühl der Herrn Kommerzienrats und werden deshalb, eines Besseren jetzt belehrt, künftig auch den Gesamtvorstand für den Inhalt des Berichtes verantwortlich machen. Unser Urteil aber, daß der Bericht des Gesamtvorstandes einfach und inhaltlich arm ist, wie wir kritisierten, konnte der Vorstand nicht einkräften.

Dagegen sucht Herr Kommerzienrat Faber uns einen großen Irrtum zu überführen, wenn wir annahmen, daß die Taxierung der Folgen der Unfälle von der Berufs-genossenschaft nach berühmten Mustern vorgenommen würde. Wie geschrieben wörtlich: „Die Folgen der Verletzungen waren 20 Fällen Tod, 554 Fällen teilweise und in 174 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Völlige Erwerbsunfähigkeit kennt die Berufs-genossenschaft nicht. Entweder tot oder „arbeitsfähig“!

Dazu schreibt uns die Berufs-genossenschaft nun richtigend: „Es darf als ein durchaus erfreuliches Zeichen betrachtet werden, daß das Jahr 1905 außer den Todesfällen keine solch schweren Unfälle brachte, die die Entschädigung für völlige Erwerbsunfähigkeit erforderlich machten. Daß dieser Grad von Erwerbsunfähigkeit deshalb fremd sei, wie Ihr Berichterstatter behauptet, ist unzutreffend. Weiterer Beweis hierfür ist, daß die Berufs-genossenschaft aus früheren Jahren einige Unfallverletzte für völlige Erwerbsunfähigkeit zu entschädigen hat.“

Ja, aus „früheren Jahren“. Das ist ja des Pudels Kern und der Punkt unserer Kritik! Früher stellten eben die Herren Vertrauensärzte der Berufs-genossenschaften noch fest, daß der Verletzte auch nach Ablauf der 18. Unfallwoche arbeitsunfähig sei und daher Vollrente gezahlt werden mußte. Heute zahlen die Krankentassen bis zum Ablauf der 18. Unfallwoche Krankengeld für völlige Arbeitsunfähigkeit und mit dem Glodenschlag 12 Uhr nachts tritt die „erhebliche Besserung“ ein, die Berufs-genossenschaft hat nur Teilrente, keine Vollrente zu zahlen! Ja, die Krankentassen zahlen die Unterstützung an Verletzte bis zum Ablauf der 26. Unfallwoche aus, weil der Kassenarzt die völlige Arbeitsunfähigkeit des Verletzten allwöchentlich bestätigt, die Berufs-genossenschaft während der ganzen Zeit gar nicht von sich hören läßt, und hintennach kommt der berühmte Vertrauensarzt mit einer Rentenbemessung von 50 Prozent ab 14. Unfallwoche! Trotzdem ist dem Vorstand der Berufs-genossenschaft „dieser Grad der Erwerbsunfähigkeit“ „nicht fremd“ — ja, in „früheren Jahren“ —, heute aber außer Mode gekommen! Wenn man 20 Todesfälle zu beklagen hat, so müßte es ein Wunder sein, daß die anderen 2005 gemeldeten Unfälle nur leichter Art gewesen seien!

Das wollten wir feststellen, weiter nichts! Weiter beschwert sich Herr Kommerzienrat Faber, daß wir es auffällig fanden, daß die Berufs-genossenschaft, um den Bericht „interessanter“ zu gestalten, die §§ 18 und 19 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes im Geschäftsbericht einfach abdruckte und damit mühelos drei Seiten füllte. Es sollte damit den vielen Anfragen der Mitglieder begegnet werden, die sich über die Höhe der Beiträge und speziell über den Reservefonds befragten. Ein Hinweis auf diese Bestimmung in erläuternder Form hätte doch wahrlich auch genügt. Statt den Nachweis über den Ausgang der Berufungen gegen die Bescheide der Berufs-genossenschaft in dem Bericht der vier Sektionen zu veröffentlichen, wie uns durch Anlage bestätigt wird, hätte dies im Gesamtbericht geschehen müssen. Das wäre viel richtiger gewesen als der Abdruck ganzer Gesetzesparagrafen, die das ebenfalls beigefügte „Wochenblatt für den deutschen Holzhandel“ ja auch veröffentlichten konnte, das doch sicher mit mehr Interesse von den Unternehmern gelesen wird als ein Geschäftsbericht der Berufs-genossenschaft. Wer aber die Berichte der vier

Sektionen der Berufsgenossenschaft und das erwähnte Wochenblatt nicht zur Hand hat, sucht begreiflicherweise das Resultat der Berufungen im Geschäftsbericht der Berufsgenossenschaft, wo dies alle anderen Berufsgenossenschaften abdrucken. Durch die Berichtigung erfahren wir nun, daß von 100 Berufungen gegen die Bescheide der Sektionsvorstände usw. als unbegründet von den Schiedsgerichten zurückgewiesen wurden:

in Sektion I (Württemberg)	65
" " II (Baden)	70
" " III (Hessen)	60
" " IV (Saß-Lothringen)	65

Das sei „jedenfalls kein ungünstiges Resultat und spricht nicht gegen die liberale Behandlung der Ansprüche der Arbeiter“, meint dazu Herr Kommerzienrat Faber. Wir müssen gestehen, daß wir dieser Auffassung keineswegs beipflichten können.

Ebenso wundert sich der Herr Kommerzienrat, daß wir es kritisieren, daß die Betriebsrevisionen der Aufsichtsbeamten ebenfalls nicht im Geschäftsbericht bekannt gemacht wurden. Das geschehe sogar doppelt, und zwar in Beilagen zum Bericht und ebenfalls im „Wochenblatt für den deutschen Holzhandel“, wovon wir uns überzeugen mußten. Weshalb denn aber nicht im Geschäftsbericht selbst, wohin dieser Anhang gehört und dies von fast allen Berufsgenossenschaften auch geschieht, die eigene Beamte haben? Der Zweck unserer Kritik in dieser Richtung war eben, daß die Berufsgenossenschaft ihren Bericht vervollständigt, besser ausstattet.

Wer den Holzarbeitern Deutschlands ein Bild von dem Wirken der Berufsgenossenschaft seiner Branche geben will, muß sich eben nur an den Inhalt der Geschäftsberichte halten können und nicht extra die Blätter des „Holzhandels“ durchstöbern, bis er die nötigen Zahlen findet. Das kann geschehen, und wird der Bericht für 1906 in dieser Richtung vollständiger, dann war unsere Kritik nicht zwecklos.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Der neue Reichstag ist am 19. Februar zusammengetreten und mit einer Thronrede eröffnet worden, die wir bereits einer Würdigung unterzogen haben. Das neue Kartell, welches nicht nur, wie das vom Jahre 1887, die Konservativen und Nationalliberalen umfaßt, sondern auch die verschiedenen freisinnigen Gruppen umschließt, hält vorläufig noch zusammen. Bei der Wahl des Präsidiums legte es die erste Probe seines Könnens ab, indem es die Parteien, welche die Mehrheit der Wähler hinter sich haben, von der Leitung der Geschäfte ausschloß. Dem Wunsche Bülow's entsprechend wurden der Konservative Graf Stolberg, der Nationalliberale Paasche und der Freisinnige Kampf zum Präsidenten beziehungsweise zu Vizepräsidenten gewählt. Dieses Präsidium hat in der kurzen Zeit, die es seither zu amtieren hatte, sich der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit durchaus würdig gezeigt; es hat jede Gelegenheit sich zu blamieren gewissenhaft wahrgenommen und eröffnet den Reichsboten die angenehme Aussicht, sich noch öfters über die Hilfslosigkeit ihrer Geschäftsleiter zu amüsieren.

Am 25. Februar begann die erste Beratung des Etats, die sich bis zum 5. März hinzog. Bei dieser langen Beratung war aber von dem eigentlichen Beratungsgegenstand, dem Reichshaushalt, sehr wenig die Rede, um so ausgiebiger wurde die Gelegenheit benützt, die vollzogene Wahl und ihre Folgen von allen Seiten zu beleuchten. In eine eigenartige Situation ist durch die Wahlen das Zentrum gekommen. Seither schon die weitaus stärkste Fraktion ist es mit einem Gewinn an Mandaten in den neuen Reichstag eingezogen, aber seine früher ausschlaggebende Stellung hat es eingebüßt. Sehr gegen seinen Willen ist es in die Rolle einer Oppositionspartei geschoben worden, die ihm gar nicht liegt. Lange wird es diese Rolle wohl kaum zu spielen genötigt sein, denn auf den Anbruch einer wirklich liberalen Ära, welche die freisinnigen Phantasten mit Schmerzen herbeisehnen, wird man vergeblich warten. Und wenn sich die liberalen Parteien nicht entschließen sollten, in Konsequenz ihrer Haltung bei den Wahlen die konservative Politik rückhaltlos zu unterstützen, dann werden sich zu diesem Zweck Konservative und Zentrum zwanglos zu einer Mehrheit zusammensuchen. Diesem Gedanken wurde während der Etatsdebatte durch den Reichsparteiler Camp deutlich Ausdruck gegeben. Zwar wurde das Wort von einem seiner Parteifreunde später bedauert, aber nichtsdestoweniger kennzeichnet es auf das treffendste die tatsächlichen Verhältnisse.

Die Ungewohntheit der Situation kam auch in den Reden, welche von den Rednern des Zentrums gehalten wurden, deutlich zum Ausdruck. Die Herren wurden nicht milde, die Dienste zu betonen, die sie seit einer Reihe von Jahren dem Reichskanzler erwiesen haben, und die es als vollendeten Undank erscheinen lassen, daß sie im Wahlkampf von der Regierung so schlecht behandelt wurden. Das Zentrum umfaßt die verschiedenartigsten Bevölkerungsschichten und dementsprechend ist auch seine Reichstagsvertretung aus recht ungleichartigen Elementen zusammengesetzt. Das kam auch bei der diesmaligen Etatsdebatte zum Ausdruck, die von Herrn Spahn, dem Vizepräsidenten des berühmten Zylinderhuts, eröffnet wurde. Scharfere Töne schlug Herr Gröber an, der mit großem Humor der Regierung und ihren neuen Freunden sehr unangenehme Wahrheiten sagte, während der Freiherr v. Hertling dem Schmerz Ausdruck gab, daß das Zentrum aus seiner ausschlaggebenden Stellung verdrängt ist.

Der Höhepunkt der langen Debatte war die große Rede, die Bebel am zweiten Tage hielt. In scharfen Strichen kennzeichnete er die politische Lage im Reich. Dem Reichskanzler hielt er ein wohlgetroffenes, wenn auch nicht schmeichelhaftes Spiegelbild vor, und die Heuchelei der Liberalen überlieferte er dem verdienten Spott. Er führte den strikten Nachweis, daß die Behauptung der Thronrede, die grundlegenden Gesetze der Arbeiterversicherung wären gegen den Widerstand der Sozialdemokraten zustande gekommen, eine historische Unwahrheit ist, und ging dem Märchen von der rein negierenden Tätigkeit der Sozialdemokraten scharf zu Leibe. Des Reiches herrlicher Kanzler hielt zwei wohlpräparierte Reden, die eine gegen das Zentrum, die andere gegen die Sozialdemokraten. Der ganze Hottentottenblock heulte vor Vergnügen über die Witz und Wischen des Fürsten Bülow, nüchterne Beurteiler waren aber beschämt über den geistigen Tiefstand, der in den Ausführungen des obersten Reichsbeamten Orgien feierte. Seine geistige Verwandtschaft mit dem Reichslügenverband verleugnete Bülow auch bei dieser Gelegenheit nicht, denn kritisch übernahm er dessen Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie, und an der Hand dieser Lügen führte er den Beweis für die Schlechtigkeit der von ihm bekämpften Partei. Vom Genossen Singer wurden eine Anzahl Bülow'scher Äußerungen gegen die Sozialdemokratie als Erfindungen nachgewiesen, aber vergeblich wartete man auf einen Widerruf durch den Kanzler. Bülow hat den Reichstag nach seiner zweiten Rede verlassen und sich dort nicht wieder gezeigt; das Geständnis, Unwahrheiten vor der Volksvertretung verkündet zu haben, hält er offenbar unter seiner Würde. Dagegen ist er stolz auf den Erfolg, der durch die von ihm gebilligte und geförderte amtliche Wahlbeeinflussung erzielt wurde. Er rühmt sich, im Interesse der Erzielung regierungsfreier Wahlen tätig gewesen zu sein und der Zentralfstelle für gute Wahlen seinen kostbaren Rat zur Verfügung gestellt zu haben. Nicht genug damit, kündigt er auch an, daß bei den nächsten Wahlen der amtliche Apparat noch besser funktionieren soll. Unverhüllt ist es noch nicht zum Ausdruck gebracht worden, daß die Regierung nur der geschäftsführende Ausschuß der besitzenden Klassen ist.

Von den Reden der Liberalen der verschiedenen Schattierungen ist wenig zu sagen. Die guten Leute tun so, als ob die Redensart von der Paarung des Konservativen mit dem Liberalen Geist erst gemeint sei, dabei gibt es in ihren Reihen doch Leute, die klug genug sind, um zu wissen, daß eine solche Paarung naturwidrig und deshalb durchaus unmöglich ist. An nur zu begründetem Spott über diese Ehe hat es denn auch nicht gefehlt. Einstweilen hoffen diese Politiker; aber hoffen und harren macht manchen zum Narren. Die Richtigkeit dieses Sprichwortes wird sich nur zu bald an ihnen bewahrheiten.

Sehr aufgefallen ist eine scharfe Erklärung des Staatssekretärs v. Posadowsky gegen die Scharfmacher. Er beklagte sich über die gegen ihn inszenierte Heße und fuhr dann fort: „Es gibt eben Richtungen, die einen Staatssekretär gegen Sozialpolitik wünschen. Solange ich aber an der Spitze des Reichsamts des Innern stehe, werde ich nicht aufhören Staatssekretär für Sozialpolitik zu sein.“ So sehr die offizielle deutsche Sozialpolitik zu wünschen übrig läßt, so muß doch anerkannt werden, daß das was in dieser Beziehung überhaupt geschieht, auf den Grafen Posadowsky zurückzuführen ist, der der einzige Sozialpolitiker in der Regierung ist, wo er offenbar schwerwiegende Widerstände zu überwinden hat. Und nun hat auch die schwache sozialpolitische Initiative Posadowsky's schon den Rohn der Scharfmacher erregt, die offen aufheulen nach im Regress sind, ein Kesseltreiben gegen ihn zu veranstalten, dem er über kurz oder lang zum Opfer fallen wird. Eine prächtige Illustration für die in der Thronrede angekündigte Fortführung der Sozialreform „im Geiste Kaiser Wilhelm's des Großen.“ Vermutlich wird man die Durchführung dieses Punktes des Regierungsprogramms einem Staatssekretär gegen Sozialpolitik übertragen.

X. Die Kriminalität der Reichsbevölkerung. Das Kaiserliche Statistische Amt macht seit dem Jahre 1882 eine Kriminalstatistik auf, so daß es nunmehr möglich ist, über die Entwicklung der Kriminalität der Reichsbevölkerung innerhalb von 20 Jahren einen Überblick zu gewinnen. Danach ergibt sich, daß die Kriminalität stark gestiegen ist. Wir geben in nachstehendem die Hauptzahlen von 2 zu 2 Jahren bis zum Jahre 1903, über das die letzten Daten vorliegen, wieder.

Jahr	Gesamtzahl der Verurteilten	Auf 100 000 der Strafgebüßten	Zunahme der Verurteilten im Verhältnis zur Strafgebüßtenbevölkerung in 2 Jahren	Zunahme der Verurteilten im Verhältnis zur Strafgebüßtenbevölkerung seit 1882
1882	315 849	996	—	—
1884	328 492	1025	+ 2,9	+ 2,9
1886	333 420	1020	— 0,5	+ 2,4
1888	329 244	984	— 3,5	+ 1,2
1890	362 163	1049	+ 6,6	+ 5,3
1892	408 592	1149	+ 9,5	+ 15,4
1894	428 554	1195	+ 3,9	+ 20,0
1896	439 664	1197	0,0	+ 20,0
1898	461 506	1219	+ 1,8	+ 22,4
1900	456 479	1164	— 4,5	+ 16,9
1902	499 000	1240	+ 6,5	+ 24,5
1903	492 468	1203	— 3,0	+ 20,8

In diesen Zahlen sind die wegen Verletzung der Wehrpflicht Verurteilten nicht enthalten, weil die Verurteilungen fast ausnahmslos gegen Abwesende und lediglich auf Grund der von den Musterungsbehörden beschleunigten Tatsache der Nichtgestellung erfolgen. Sie treffen daher zum Teil Personen, die sich gar nicht mehr am Leben befinden, oder deren Wehrpflicht schon längst durch Naturalisation im Ausland und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit erloschen ist.

Daß eine absolute Zunahme der Verurteilten vorhanden ist, nimmt natürlich nicht wunder; die Tatsache aber, daß seit 1882 auch im Verhältnis zur Strafgebüßten, das heißt 12 und mehr Jahre alten Bevölkerung die Kriminalität gestiegen ist, und zwar recht erheblich, ist höchst bemerkenswert. Diese Steigerung fällt fast allein in die Jahre 1889 bis 1894. Bis 1888 ist die Zahl der Verurteilten sogar um 1,2 Prozent gesunken; von da steigt sie bis 1894 um 21,4 Prozent oder um 20 Prozent über den Ausgangspunkt im Jahre 1882. Dann tritt bis 1900 wieder ein relativer Rückgang um 2,6 Prozent ein, von da bis 1902 eine Steigerung um 6,5 Prozent, die im letzten Jahre der Tabelle wieder einer Senkung Platz macht, wodurch etwa das relative Strafniveau des Jahres 1896 erreicht ist.

Will man versuchen, den Ursachen dieser Erscheinung auf den Grund zu gehen, so muß man zunächst in Betracht ziehen, daß die nachgewiesenen Ziffern nicht die Zeit der Tat, sondern die oft erheblich später erfolgende der Aburteilung angeben. Namentlich wenn die Prozesse durch alle Instanzen gejagt werden, kann die Zeitdifferenz sehr erheblich sein. Berücksichtigt man das, dann fällt es nicht schwer, einen Zusammenhang mit anderen Erscheinungen zu entdecken. Wenn zum Beispiel das Jahr 1892 die weitaus stärkste Zunahme der Kriminalität aufweist, so wird man darin eine direkte Folgeerscheinung der hohen Getreidepreise und den Beginn des wirtschaftlichen Niederganges erkennen, von dem sich die Volkswirtschaft erst 1896 zu erholen begann. Das wirkte denn auch auf die Kriminalität der Bevölkerung günstig ein, wie aus den genannten Zahlen ersichtlich ist. Der ungünstige Umschwung im Erwerbseben im Jahre 1900 zog wieder eine Erhöhung der Kriminalität, beginnend mit dem Jahre 1901, nach sich, und zwar wies dieses letztgenannte Jahr nächst 1892 die stärkste Verschlimmerung (5,1 Prozent) auf. 1902 stieg die Kriminalität weiter um 1,4 Prozent, während sich die wirtschaftliche Lage schon wieder zu bessern begann. Das hatte einen Abfall in der Zahl der Verurteilten im nächsten Jahre zur Folge, in welchem die Kriminalität unter Berücksichtigung der Bevölkerungsvermehrung um 3 Prozent sank.

Aus diesen Zahlen ist unzweifelhaft der enge Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Verbrechen erkennbar. Eine vergleichsweise Heranziehung der Brotpreise würde diesen Zusammenhang noch deutlicher hervortreten lassen. Es ist daher lächerlich, wenn sich bürgerliche Moralpaukanten über die Schlechtigkeit der Menschen aufregen, statt diesen Zusammenhängen nachzuspüren. Das wirksamste Mittel zur Einschränkung der Kriminalität, auf deren volle Beseitigung angeichts der natürlichen verbrecherischen Anlage mancher Menschen freilich nicht zu rechnen ist, ist eine Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der untersten Volksschichten: ausreichende Arbeitsgelegenheit, billige Lebensmittel.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, einen wöchentlichen Lokalebeitrag in folgender Höhe neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 10. März: Sochledt 70 Pf., Burgdamm 50 Pf., Wandsbach 50 Pf., Lahr 30 Pf., Weimar 30 Pf.; ab 17. März: Dresden 50 Pf., Sommerfeld 5 Pf.; ab 1. April: Potsdam 15 Pf., Bunzlau 10 Pf., Gienach 10 Pf., Lüdenscheid 10 Pf., Emmendingen 5 Pf.

An freiwilligen Beiträgen für die ausgesperrten Mitglieder sind bei der Hauptkasse weiter eingegangen und werden hiermit quittiert: von den Zahlstellen Offenburg 50 Mk., Trebbin 50 Mk., Zuffenhausen 500 Mk.; für die Bürstenmacher in Schbnheide: von der Zahlstelle Ravensburg 20 Mk.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 99614 Johann Scheer, Maschinenarbeiter, geb. 12. 7. 76 zu Schweidnitz.
- 126308 Richard Schill, Tischler, geb. 23. 12. 78 zu Ronitz.
- 158088 Jakob Gaul, Tischler, geb. 30. 5. 66 zu Kreuznach.
- 188880 Karl Sachse, Tischler, geb. 2. 5. 77 zu Leipzig.
- 212671 Artur Reinhold, Stuhlbauer, geb. 18. 6. 79 zu Döbeln.
- 236615 Otto Friedel, Tischler, geb. 24. 6. 87 zu Elberfeld.
- 246302 Alb. Wackernagel, Tischler, geb. 27. 4. 80 zu Gremitten.
- 271927 Otto Guhn, Bürstenm., geb. 11. 2. 85 zu Heidelberg.
- 281975 Claus Stadländer, Hilfsarbeiter, geb. 18. 8. 43 zu Ritterhude.
- 287584 Ed. Stambrack, Tischler, geb. 26. 11. 84 zu Warkau.
- 355898 Joh. Geißbauer, Tischler, geb. 16. 8. 79 zu Buch a. W.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

Korrespondenzen.

Alfeld. Unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes sendet uns Herr Hermann Meyer, Alfelder Porzellanfabrik, auf die von hier veröffentlichte Korrespondenz folgende Berichtigung, die wir veröffentlichen, obwohl sie den Anforderungen einer pressegesetzlichen Berichtigung nicht entspricht: „Auf den in Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gebrachten Artikel betreffs der in meiner Stofffabrik gezahlten Löhne erwidere ich hiermit folgendes:

Auf meinen Spezialmaschinen werden täglich bei zehnstündiger Arbeitszeit zirka 12 000 Korke und darüber geschnitten und verdienen die betreffenden Arbeiter 3 Mk. bis 3,50 Mk. je nach Leistungen.

Wenn nun hierbei berücksichtigt wird, daß die Arbeiter nicht von Jugend auf in der Branche sind, sondern ich jeden beliebigen Arbeiter, dem an dauernder Arbeit gelegen ist, hier einstelle, so sind diese Löhne wahrhaft nicht als miserable zu bezeichnen.

Was dann die Würfelschneider anbelangt, so habe ich diesen keine Quantitäten vorgeschrieben, was sie leisten müssen. Diese Posten sind von Leuten besetzt, die eine leichte

und angenehme Arbeit suchen und keine schweren Arbeiten verrichten können; daß ich hierfür nicht die höchsten Löhne zahlen kann, ist doch selbstverständlich. Die Löhne für diese Arbeiter sind 23 bis 25 Pf. pro Stunde. Finde ich dann hierbei einen intelligenten Arbeiter, so bekomme ich andere Arbeiter und wird dann auch der Lohn entsprechend gesteigert.

Die bei mir beschäftigten Frauen bekommen einen Stundenlohn von 14 bis 16 Pf. Die Akkordfortschreibern verdienen 15 bis 25 Pf. je nach Leistung. Die weiter erwähnten Arbeiter bekommen nicht, wie in dem Artikel gesagt, 23 bis 30 Pf., sondern 32 bis 40 Pf. pro Stunde. Wenn ein Hundschneider bei mir bequem circa 12 000 Korke pro Tag bei zehnstündiger Arbeitszeit schneidet, so nennt der Artikelschreiber die lächerliche Zahl von 2500 bis 2800 pro Tag, und soll diese nicht gearbeitet, sondern geschindet sein!

Ob man unter diesen Verhältnissen von miserablen Löhnen usw. sprechen kann, überlasse ich dem Nachdenken der Leser.

Anklam. Eine am 6. März im Lokal des Herrn Wiederstadt tagende Holzarbeiterversammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die heute stattfindende Holzarbeiterversammlung verpflichtet sich, die ausgesperrten Kollegen moralisch und finanziell zu unterstützen. Auch verpflichten sich alle Anwesenden, an der Kräftigung des Holzarbeiterverbandes mitzuwirken. Außerdem erwarten die organisierten Kollegen von ihrem Hauptvorstand, daß er umgehend die Ausschreibung eines Extrabeitrags vollzieht.“ Die Anwesenden wurden eruchtet, dies zu beherzigen. Sämtliche Diskussionsredner waren derselben Meinung. Der Vorsitzende Kollege Schäfer hofft, daß die Versammlung nicht umsonst gewesen sei, und eruchtet die Unorganisierten, sich dem Verband anzuschließen. Außerdem erwähnte er noch, die Arbeiterpresse mehr zu unterstützen und die bürgerlichen Blätter abzubestellen.

Berlin. (Stellmacher.) In der am 28. Februar tagenden Branchenversammlung wurde das gegenwärtige Gebaren unserer Arbeitgeber einer eingehenden Kritik unterzogen. Veranlassung hierzu bot die raffinierte Taktik einer Reihe von Wagenfabrikanten und Zinnungsmessern, die fortwährend in auswärtigen Zeitungen Arbeitskräfte nach Berlin zu locken versuchen, um alsdann in Kürze unsere Erfolge der vorjährigen Lohnbewegung wieder nichtig zu machen. Unter Führung des im Juni v. J. gegründeten „Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Wagenbaugewerbe“, mit dem vielseitigen Schachmacher Generalsekretär Masse an der Spitze, scheinen die Unternehmer des Berliner Wagenbaugewerbes künftig einen planmäßigen Kampf gegen die gewerkschaftlichen Organisationen führen zu wollen. Der Stellmacherobmeister Fiedler sprach ja auch in der letzten Versammlung der vorgenannten Organisation aus, daß die Stellmacher nur durch den Holzarbeiterverband groß und stark geworden sind, deshalb gelte dieser Organisation vor allem der Kampf. Unter dem Vorwand von Arbeitermangel werden nun fortgesetzt in der Provinz Stellmachergesellen gesucht, während in Wirklichkeit seit mehr als einem halben Jahre ständig 80 bis 100 Arbeitslose zu verzeichnen sind. Dazu kommen im gegenwärtigen Moment noch circa 200 in Treppengeländerfabriken und Tischlereien beschäftigte Kollegen, die ebenfalls von der Aussperrung betroffen wurden. Wie plump die Unternehmer auftreten, zeigt deutlich die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (Abteilung Automobilbau Oberschönweide). Diese Firma, die sonst 25 bis 30 Stellmacher beschäftigte, sucht zurzeit in Hamburg Kastenmacher, trotzdem die in diesem Betrieb augenblicklich noch tätigen drei Kollegen kaum Beschäftigung haben, da fast die gesamte Stellmacherarbeit von anderen Wagenfabriken hergesteuert wird. Falls es der Betriebsleitung jedoch möglich sein sollte, billige Arbeitskräfte zu erhalten, würde sie ihren Bedarf an Automobilkarosserien in eigenem Betrieb herstellen, zumal dieses Unternehmen eines der bedeutendsten der Automobilbranche Deutschlands ist. Da jedoch die Berliner Kollegen zu einem Stundenlohn von 50 Pf. und noch weniger unter den hiesigen Großstadtdarstellungen nicht arbeiten können, wird also versucht, billige Lohnarbeiter von auswärts zu beziehen. Außer der vorgenannten Firma bemühen sich noch folgende andere Betriebe um auswärtige Stellmacher: Holzwagenfabrik Neus (Zuh. G. Kraß), Holzwagenfabrik Hübe Krauß (Zuh. Max Reuschner), Holzwagenfabrik Köhler (Zuh. Max Reuschner), ferner die Wagenfabriken Lange & Outzeit, Eger (S. m. B.) und Erdmann. In allen diesen Betrieben sind genügend Arbeitskräfte vorhanden, doch sollten diese nicht ausreichen, so stehen noch circa 250 ansässige Berliner Kollegen zur Verfügung. Das Treiben der Unternehmer ist aber so fadenförmig, daß man blind sein müßte, wenn man hierin nichts anderes als einen planmäßigen Feldzug gegen die organisierten Stellmacher erblickt. Wir möchten alle auswärtigen Kollegen eindringlich ermahnen, in der gegenwärtigen Zeit Berlin zu meiden und bei jedem Arbeitsangebot vorerst auf unserem Bureau über die Verhältnisse am Orte Grundung einzugehen. Wir bemerken noch, daß in Berlin das Umfassen streng untersagt ist, und wird gegen jeden Kollegen, der diesem widersteht, in der schärfsten Weise vorgegangen. Denn nur dadurch ist es uns möglich, vollends unsere bisherigen Erfolge zu behaupten.

Darmstadt. Unter Hinweis auf das Preßgesetz sendet uns die Firma Ludwig Alter, Hof-Wäbels- und Parkettbodenfabrik die nachstehende Berichtigung:

„Es ist unwar, daß meine Arbeitergesuche nicht ernst gemeint seien, ich habe vielmehr in den letzten sechs Wochen circa 70 Mann neu eingestellt, darunter auch solche, die mir in durchaus dankenswerter Weise von dem hiesigen Arbeitsnachweis des Deutschen Holzarbeiterverbandes zugesandt wurden. Nur dann wurden Leute zurückgewiesen, wenn momentan alle Plätze der betreffenden Kategorie besetzt waren, oder wenn mir die Einstellung deshalb nicht empfehlenswert erschien, weil ich infolge der besonderen Lage der Darmstädter Wäbelindustrie hohe Ansprüche an die Qualität der Arbeiter stellen muß. Die Befürchtung, welche bezüglich der zugewandten Leute ausgesprochen wird, ist unbegründet, denn sämtliche Leute, welche infolge von Inseraten nach Darmstadt kommen, sind schriftlich und bindend eingestellt.“

Trotz dieser Berichtigung hält unser Korrespondent an der Ansicht fest, daß der Arbeitsnachweis unserer Zahlstelle in der Lage sei, die Wünsche des Herrn Alter zu befriedigen. Gegenüber der Behauptung, daß die Zurückweisung

einzelner Arbeitsangebote durch die hohen Ansprüche bedingt war, welche die Firma Alter an die Qualität der Arbeiter stellen muß, wird darauf hingewiesen, daß die anderen Firmen am Ort, welche die gleichen Anforderungen stellen, mit den vom Arbeitsnachweis vermittelten Leuten wohl zufrieden sind. Schließlich erklärt unser Korrespondent, daß seiner Ansicht nach die Firma Alter bald auf das Inserieren verzichten würde, wenn sie alle Leute einstellen müßte, die infolge ihrer Inserate nach Darmstadt kommen.

Elbing. Am 2. März fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher sich mehrere Redner über die Aussperrung unserer Kollegen in Berlin, Kiel, Burg usw. aussprachen. Allseitig wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Hauptvorstand einen Extrabeitrag erheben möge, auch die hiesigen Mitglieder wären gerne bereit, einen solchen zu zahlen, damit der Kampf mit einem vollen Sieg beendet wird. Es wurde alsdann eine Resolution in diesem Sinne einstimmig angenommen.

Glauchau. Kollegen! In der Februerversammlung, die wirklich sehr gut besucht war, hatte wohl mancher von euch gedacht, jetzt habe ich mich einmal wieder sehen lassen, nun hat es wieder ein halbes Jahr Zeit, ehe ich wieder in die Versammlungen komme. In der Mitgliederversammlung Anfang März fand die Zahl der Anwesenden schon wieder auf 13 Kollegen; das dürfen wir nicht wieder einreißen lassen. Wenn auch kein Vortrag stattfindet, haben wir doch so viel Verhandlungsangelegenheiten zu besprechen, um unsere Abende auszufüllen. Um unseren auswärtig wohnenden Kollegen den Besuch leichter zu ermöglichen, haben wir die nächste Mitgliederversammlung auf den Sonntag nach Ostern angelegt. Es findet ein lehrreicher Vortrag unseres Volksbibliothekars über „Unsere Literatur, wie und was sollen wir lesen“ statt. Die Lokalverwaltung macht es euch zur Pflicht, vollständig zu erscheinen. Ein hiesiger Meister, Herr Pöttig, stellt keinen ausgesperrten Berliner ein, wie er einem von uns hingeschickten Kollegen erklärte. Der Herr hat seinen freien Willen, in Zukunft wird er wahrscheinlich nicht mehr so überlaufen, die Löhne sind bei ihm nicht die höchsten, und auch der von jeher übliche Umgangston in dieser Werkstatt ist noch nicht besser geworden.

Gartha. Seit der letzten Aussperrung macht sich unter unseren Kollegen eine Laubheit und Gleichgültigkeit im Besuch der Versammlungen bemerkbar, und zwar sind die fehlenden Kollegen größtenteils fast immer dieselben. Man sollte das kaum für möglich halten in einer Zeit, wo unter den Unternehmern im stärksten Maße der Aussperrungsstoker grassiert. Es scheint, daß die Kollegen noch nicht den richtigen Begriff von der Organisation gewonnen haben, wir bitten deshalb die Kollegen, sich aufzuraffen und die Versammlungsfäden anzufeuern, damit sie sich wieder aktiv als Mitglieder betätigen. Wir richten den Appell an die Mitglieder, besuche jeder alle vier Wochen seine Versammlung. Dieselbe findet statt jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat, abends 7/9 Uhr, im Restaurant Forsthaus.

Heilbrunn. (Wagner.) In der hiesigen Fahrzeugfabrik sind Zustände eingerissen, wie es nicht schlimmer sein kann, trotzdem die Kollegen seit längerer Zeit gut organisiert sind. Die Ansprüche von der Direktion, daß sie ihre Leute nur aus Gnade und Barmherzigkeit beschäftigen, und daß sie Arbeiterangebote von auswärts zu Hunderten bekommen, zwingen uns dazu, die hiesigen Verhältnisse den auswärtigen Kollegen einmal etwas näher zu schildern, damit sie nicht etwa denken, wir wären hier auf Rosen gebettet. Hier wird alles im Akkord gearbeitet bei recht ungünstigen Preisen. Für ein Motor-Landaulet, für das in anderen Städten 200 bis 230 Mk. bezahlt wird, gibt man uns ganze 133 Mk., und für ein Simulnie wird sogar bloß 90 Mk. bezahlt; Kastenmacher werden mit 4 Mk. und Helfer mit 3,40 Mk. abgepeist. Dabei kommt es auch noch vor, daß für die kleinste Geringfügigkeit noch 3 Mk. Strafe die Woche abgezogen wird. Die Kollegen mögen diese Notiz beachten, damit die Firma nicht mehr mit den Hunderten von Arbeiterangeboten herumwerfen kann. Noch vorigen Sommer sah sich die Firma genötigt, ihre Arbeiter in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu suchen.

Kaiserstern. Unter etwa 16000 Anwohnern, die hier beschäftigt werden, befinden sich auch circa 1000 Holzarbeiter, die bei schlechten Löhnen und langer Arbeitszeit dem Kapitalismus fröhnen. Die Arbeiterbewegung schreitet hier nur langsam vorwärts. Sind doch zurzeit erst 3000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Auch der größte Teil der Holzarbeiter ist noch unorganisiert. Die Unternehmer kämpfen gegen die vorwärtstrebende Gewerkschaftsbewegung mit allem Eifer und werden von den Christlichen und Kirchendruckern in genügender Weise unterstützt. Die Unternehmer machen von ihrer Macht ausgiebigen Gebrauch. Ein Lohnabzug folgt dem anderen. Mit Strafen für unglückliche Dinge fügen sie die Löhne der Arbeiter. Der Wäbelsfabrikant Graf straft seine Arbeiter wegen Nichtbeachtens des „Brotgera“ auf der Straße, wegen respektwidrigen Verhaltens gegen 15 und 16 jährige Kontorlehrlinge, welche die Arbeiter als Vorbegehende betrachten sollen, er straft die Arbeiter sogar, wenn sich das Holz, das bei der Verarbeitung nicht ganz trocken ist, verzieht. Die Strafgeelder werden von der Firma als Abzüge bezeichnet, damit sie nicht in die Straffasse, die zur Unterstützung kranker Arbeiter verwendet werden soll, fließen. Um ungefähr so weiter herrschen zu können, ließ die Firma durch Anschlag bekannt geben, daß die Arbeiter bei Besuch von Versammlungen ihre Entlassung zu gewärtigen haben. Die Plakate wurden aber größtenteils von den Arbeitern nicht beachtet, und so hat sich die Firma zum Prinzip gemacht keine organisierten Arbeiter mehr zu beschäftigen. Auch andere Firmen verbieten den Arbeitern den Versammlungsbefuch, oder schicken Vertreter in die Versammlung, damit die Arbeiter eingeschüchert werden sollen. Mancher Unternehmer unterließ es erst, die Arbeiter wegen der Teilnahme an Versammlungen kündigungslös zu entlassen, als ihm durch Entschädigungsklagen vor dem Gewerbegericht der Geldsack erleichtert wurde. Trotz schlechter Behandlung und niedrigen Löhnen bei langer Arbeitszeit sind die Arbeiter schlecht zur Organisation zu bringen. Mancher Kollege ist mit seiner Lebenslage schon zufrieden, wenn der Unternehmer oder dessen Stellvertreter nur ein freundliches Wort für ihn übrig hat, oder er die Ehre hat, von einem Kommerzienrat ausgebeutet zu werden. Aber die Unzufriedenheit der Mehrzahl der Arbeiter gärt fort und kommt bei Gelegenheiten, wo sich die Arbeiter nicht so abhängig vom Unternehmer fühlen, zum Ausdruck. Nur die Furcht, durch die Zugehörig-

keit zum Verband vom Unternehmer brotlos gemacht zu werden, hält viele Kollegen ab dem Verband beizutreten. Und doch wird die Lage der Kollegen immer ärger. Die Lohnverhältnisse werden immer schlechter. Die Unternehmer wahren ihre Interessen immer mehr. Wochenlang sperren sie mißliebige Arbeiter aus. Auch unorganisierte bleiben davon nicht verschont. Und so mancher Kollege hat es schon bitter bereut, daß er zu spät eingesehen hat, daß ihn nur die Organisation vor der Brutalität der Unternehmer schützen kann. Möge diese Einsicht nicht allen Kollegen zu spät kommen. Das Verhalten unserer Unternehmer zeigt uns, daß wir nichts Gutes von ihnen zu erwarten haben. Wer sich nicht beizeiten organisiert, hat später die Folgen, die nicht ausbleiben werden, selbst zu tragen. Aber auch unsere Kollegen erfüllen nicht immer ihre Pflicht. Manchem wäre es möglich, dem Verband neue Mitglieder zuzuführen. Gelegenheit bietet sich genug dazu. Kollegen, erfüllt eure Pflicht noch mehr wie bis jetzt. Getreu dem Grundsatz: Die Befreiung der arbeitenden Klasse aus dem Joche des Kapitalismus kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Meißen. Am 2. März fand im Lammhaus eine statt besuchte Holzarbeiterversammlung statt, die nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Kollegen Gerlitza einstimmig beschloß, alle Maßnahmen der Verwaltung, den Arbeitsnachweis betreffend, streng zu beachten, den ausgesperrten Kollegen ihre Sympathie und die Bereitwilligkeit auszusprechen, im Bedarfsfalle durch Zahlung eines Extrabeitrages zur Zurückweisung der Unternehmermaßnahmen beizutragen.

Pirna. Über die Lage der Schneidemühlenarbeiter referierte in einer öffentlichen Versammlung Kollege Seibold-Dresden. Der Referent schilderte in eindrucksvoller Weise die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie solche noch in den meisten Sägewerksbetrieben herrschen. An der Hand amtlichen Materials wies er auf die außerordentlich hohe Zahl von Unfällen hin, deren Ursachen einerseits in langer und schwerer Arbeit, andererseits aber an dem Mangel genügender und praktischer Schutzvorrichtungen zu suchen sind. Die ungenügende Kontrolle der Betriebe seitens der Aufsichtsbehörden ermöglicht es den Unternehmern, die Unfallverhütungsvorschriften als nur auf dem Papier stehend zu betrachten. Auf diese Weise werden Leben und Gesundheit der Arbeiter leichtfertigerweise aufs Spiel gesetzt. Wenn konstatiert werden muß, daß hier an Orte in den Sägewerken noch durchschnittlich eine 64 stündige Arbeitszeit herrscht, daß Löhne gezahlt werden, welche unter der immer unerträglicher werdenden Lebensmittelerhöhung geradezu als Lohn auf die Arbeiter wirken müßten, so ist es unerklärlich, daß ein großer Teil der Sägewerksarbeiter den Weg zur Organisation noch nicht gefunden hat. Zum Zweck einer intensiven Agitation ist nun eine Sektion der Maschinenarbeiter, Schneidemüller und Schneidemühlenarbeiter gebildet und mit der Leitung derselben die Kollegen Gärtner, Hempel und Hänfel beauftragt worden. Alle Anfragen usw. sind an den Sektionsleiter Kollegen Otto Gärtner, Pirna, Rothweim dorferstraße 7c, zu richten. Von den organisierten Kollegen erwarten wir tatkräftige Unterstützung der Sektionsleitung. Tue jeder seine Pflicht, damit es möglich wird, für die Sägewerksarbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, trotz des Vernichtungskampfes der Unternehmer gegen unsere Organisation. Der Ernst der gegenwärtigen Situation erfordert mehr denn je, daß auch der letzte Mann für die Organisation gewonnen wird. Nur dann wird es möglich sein, die Pläne der Unternehmerorganisation zunichte zu machen. An alle Mitglieder möchten wir die Mahnung ergehen lassen, besuche regelmäßig die Versammlungen. Die Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Mittwoch im Monat abends 7/9 Uhr im hiesigen Volkshaus (Weißes Hof) statt.

Habernau. Am 2. März fand eine Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle statt, in welcher Genosse Dr. Dunfer-Dresden einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung des Fortschritts hielt. Hierauf wurde die Wahl des Beobachters für unsere Zahlstelle vorgenommen. Es waren hierzu 30 Bewerbungen eingegangen. Zur engeren Wahl wurden drei Kollegen vorgeschlagen. In geheimer Abstimmung wurde Kollege Wustlich mit 173 Stimmen gewählt; die beiden anderen Kandidaten erhielten zusammen 52 Stimmen und ungültig waren 6 Stimmen. Der Vorsitzende wies alsdann noch auf die Aussperrung in Berlin hin, gleichzeitig machte er die Versammelten auf die eventuelle Einführung eines Extrabeitrages aufmerksam, welcher die Kollegen freudig zustimmen um den Aussperrungsgeflüsten der Unternehmer einen wirksamen Damm entgegenzusetzen.

Kadolzsch. Ein hiesiger Arbeitgeber stellte einen etwa 20 jährigen Kollegen ein, der am Zahltag als Lohn gemacht werden sollte, den vertragmäßigen Durchschnittslohn von 35 Pf. verlangte. Der Meister bot ihm aber nur 28 Pf., wollte ihm allerdings am nächsten Zahltag 30 Pf. geben. Selbstverständlich verzichtete unser Kollege auf ein Weiterarbeiten. Nun sollte man doch glauben, daß der Kollege wenigstens die 28 Pf. bekommen hätte; dem war aber nicht so. Mit 25 Pf. pro Stunde wurde der Kollege ausbezahlt und bekam obendrein noch Heden anzuhören, wie man sie von einem gebildet sein wollenden Meister nicht erwartet. Die Herren mögen nur so weiter machen; wer Wind fahrt wird Sturm ernten, so kann es auch den Schreinermeister gehen, die im Winter gar zu gern vergessen, daß es auch wieder Sommer wird. Die Herren arbeiten für uns, die Kollegen aber mögen erkennen, daß für sie die Zeit gekommen ist, wo es gilt, alle organisiert und alle einig zu sein.

Kiesau. In unserem Orte ist die Organisation noch sehr schwach entwickelt, dagegen sind die Lebens- und Wohnungsverhältnisse der Großstadt gleich. Es ist daher dringend notwendig, daß sich die Kollegen einmal aufrufen aus ihrem ewigen Schlummer und sich zur Organisation bekehren, denn nur dadurch können wir uns eine bessere Lebenslage schaffen. Von den Arbeitern in den Schneidemühlen hat sich ein Teil der Organisation angeschlossen, der Herr Chef hat jedoch zur Unterdrückung der Organisation sofort sechs Kollegen gemahregelt. Aber diese Maßnahme hat nichts genützt, denn es sind fortwährend neue Aufnahmen gemacht, was auch die öffentliche Schneidemühlenarbeiterversammlung am 24. Februar zeigte. Unser hiesiges Tageblatt schrieb am anderen

...und ...

verbandes die Frage zu richten, welche Bedeutung sein Verband der Gegenseitigen der Verträge an den einzelnen Orten durch die beiderseitigen Zentralvorstände eigentlich beimeße.

Die in den letzten Tagen von den Arbeitgebern und Mitgliedern Ihres Verbandes in Burg und Kiel durch die vollzogene Ausperrung gebrochener Verträge waren beide von uns mit unterzeichnet. Aus dem Umstand, daß wir als Mitunterzeichner in diesen beiden Fällen von der Gegenseite nicht abgesehen wurden, dürfen wir wohl den Schluß ziehen, daß unsere Unterzeichnung der Verträge mit dem Arbeitgeberschutzverband von letzterem als eine leere Formsache angesehen wird, welche weder der einen noch der anderen Seite irgend welche Verpflichtungen auferlegt.

Auf dieses Schreiben antwortete der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes mit dem folgenden, wörtlich abgedruckten Brief:

Berlin, den 20. Februar 1907. An den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Stuttgart.

Ihr gefl. Schreiben vom 16. d. M. hat einer am 18. d. M. stattgehabten Vorstandssitzung, an der auch die Vorstände unserer Bezirke Kiel und Burg teilgenommen haben, vorgelesen, und ich bin daher schon heute in der Lage, Ihnen eine ersichtliche, wenn auch wesentlich andere Darstellung über die Ursache der Differenzen in den beiden Städten geben zu können, als Sie sie niedergelegt haben.

Wichtig ist es, daß in Kiel nicht der Vertrag, sondern der Arbeitsnachweis zur Ausperrung geführt hat; richtig ist auch, daß die Frage des Arbeitsnachweises im Verträge nicht berührt ist. Hieraus folgt aber, daß keiner Partei das Recht zustand, während der Vertragsdauer einseitig den Status quo zu ändern; dies ist aber leider von Ihrer Kieler Zahlstelle geschehen. Mit Fertigstellung des dortigen Gewerkschaftshauses und nach erfolgten Verhandlungen wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises wurde von Ihrer Zahlstelle der jetzt noch bestehende Nachweis des Holzarbeiterverbandes gegründet, und Ihre Mitglieder wurden verpflichtet, nur mit solchen Kollegen zusammenzuarbeiten, die von diesem Nachweise vermittelt worden seien. Eine Beschwerde unseres Kieler Vorstandes gegen diesen Beschluß wurde im „Hamburger Echo“ als lächerlich bezeichnet, denn nirgends sei im Verträge vorgesehen, daß ein solcher Beschluß nicht gefaßt werden dürfe, von einem Vertragsbrüche könne demnach keine Rede sein.

...und ...

Böhl, in der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 19. Mai 1906 die Notiz betreffend die Sperre über diesen Betrieb. Hiernach ist es also unrichtig, daß unsere Zahlstelle die Entscheidung der Schlichtungskommission nicht abgewartet hätte, sondern die Herren Gebrüder Böhl waren es, welche im voraus erklärten, daß sie sich einer Entscheidung der Schlichtungskommission nicht unterwerfen würden.

Absolut unverständlich muß es deshalb erscheinen, daß durch das Vorgehen unserer Zahlstelle gegen die Gebrüder Böhl, das lediglich den Zweck verfolgte, den bestehenden allgemeinen Vertrag auch in dieser Werkstätte zur Anerkennung zu bringen, ein Bruch dieses Vertrags begangen sein soll. Diese kuriose Ansicht ist auch nicht bei den Arbeitgebern in Burg zu jener Zeit aufgetaucht, und Ihre gegenteilige Behauptung, monach Ihr Bezirksvorstand in Burg unserer Zahlstelle wiederholt erklärt haben soll, daß nach einem derartigen Verhalten der Vertrag als aufgelöst betrachtet werden müsse, ist total falsch.

Herr Raniuth, als Vorsitzender des Arbeitgeberschutzverbandes in Burg, hat weder damals zur Zeit der Differenzen bei Gebrüder Böhl noch überhaupt in der ganzen Zeit bis zum 27. Januar 1907 jemals eine solche Erklärung abgegeben. Und daß auch Ihre weitere Behauptung, es seien als Folge dieser „Ansicht“ Ihres Bezirksvorstandes seitdem mehrere Differenzen unerledigt geblieben, ebenso mit den Tatsachen im Widerspruch steht, dafür führen wir als Beweis an, daß noch Ende November 1906 eine Differenz in der Werkstätte von Größe unter seiner Mitwirkung geschlichtet worden ist. Ein zweiter Differenzfall, welcher Mitte Dezember 1906 in der Tischfabrik von Belsche vorlag, ist allerdings unerledigt geblieben, aber nicht weil der Arbeitgeberschutzverband den Vertrag nicht mehr als bestehend bezeichnet hätte, sondern weil Herr Raniuth den Standpunkt vertrat, daß in diesem Falle unsere Kollegen sich selbst an den Fabrikanten zu wenden hätten und deshalb für ihn keine Veranlassung zum Einschreiten vorliege.

Nach dieser Darlegung der Dinge, wie sie sich sowohl in Kiel als in Burg zugetragen haben, möchten wir uns die Worte Ihres Schreibens vom 20. Februar zu eigen machen: „Bei unparteiischer Betrachtung der Dinge und nach gerechter Würdigung der von uns vorgebrachten Gründe werden Sie ohne weiteres zu der Einsicht gelangen müssen, daß von Ihrer Seite grobe Fehler gemacht worden sind.“ Daß nicht das Verhalten unserer Mitglieder, sondern dasjenige der Arbeitgeber gegen Treu und Glauben verstoße, und daß die Ausperrungen in Kiel und Burg einen Vertragsbruch schlimmster Art darstellen, kann für eine objektive, von jeder Aufregung sich fernhaltende Beurteilung keinem Zweifel unterliegen.

Daß das Verhalten der Bezirksvereine des Arbeitgeberschutzverbandes in Kiel und Burg obendrein von dem Zentralvorstand rückhaltlos gebilligt und unterstützt wird, kann selbstverständlich auf die Stellungnahme der Mitglieder unseres Verbandes gegenüber dem Arbeitgeberschutzverband nicht ohne Einfluß sein.

Hochachtungsvoll Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes. (Geg.) Theodor Seipart.

Lage, daß bloß Mitglieder gesucht würden um Streikpulsor zu schaffen für den Berliner Streik. Durch solche hämische Bemerkungen lassen sich aber unsere Kollegen nicht kopfscheu machen. Es ist aber eines jeden Pflicht, alle die uns noch fern stehen aufzumuntern und zur Organisation zu bewegen, damit wir ein Ganzes werden und die traurigen Lohnverhältnisse beseitigen können. Verdient doch ein im besten Alter stehender Familienvater nur 24 bis 30 Pf. pro Stunde. Wenn es sich alle Kollegen zur Aufgabe machen, in der Organisation mitzuarbeiten dann wird es auch gelingen uns eine menschenwürdige Existenz zu schaffen.

Schleiz. Die Lage der hiesigen Spielwarenarbeiter (Firma Felix Gräffer) spottet einfach jeder Beschreibung. Bei elf-, zwölf- und vierzehntägiger Arbeitszeit werden noch Stundenlöhne an Arbeiter, die schon 18 Jahre bei genannter Firma beschäftigt sind, von 14 bis 25 Pf. bezahlt. Angesichts solcher Zustände sollten die Kollegen doch endlich zu der Einsicht kommen, daß nur eine starke Organisation zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen verhelfen kann. Aber statt vorwärts, geht es immer mehr rückwärts. Die traurigen Zustände der Schleizer Spielwarenarbeiter sollten in einer zum 25. Februar durch Inserate und Handzettel bekannt gegebenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung, in welcher unser Gauvorsitzer, Kollege Thielemann, das Referat übernommen hatte, besprochen werden. Leider konnte die Versammlung infolge schlechten Besuchs nicht stattfinden. Ganze 16 Kollegen, davon 9 aus anderen Werkstätten, waren erschienen. Es ist traurig, daß man trotz der schlechten Lohn-, Arbeits- und Werkstattverhältnisse noch derartige Berichte für Schleiz veröffentlichten muß. Wichtig ist zwar, daß einige Kollegen bei der Firma Felix Gräffer einen nicht allzu schlechten Verdienst haben (aber das sind nur wenige von einigen 60 Arbeitern), aber diese Kollegen wissen ganz genau, daß von seiten der Firma immer neue Kräfte gesucht werden, um auch diesen etwas mehr verdienen den Kollegen bei passender Gelegenheit die Preise soviel wie möglich zu kürzen. Anstatt daß nun diese Kollegen mithelfen, auch ihre schlechter bezahlten Kollegen auf eine Stufe der besser bezahlten Arbeiter zu bringen, besuchen sie, statt in Versammlungen zu gehen, lieber Hochbierfeste oder gehen lieber zu Klubbimvereinsmaskenfesten, und noch dazu ins Gasthaus Zum grünen Baum, ein Lokal, welches von den Schleizer Gewerkschaften boykottiert wird. Kollegen, wir ersuchen euch im Interesse unserer guten Sache, ernst und fest mitzuarbeiten, damit auch wir bald eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage erhoffen können. Wir müssen für unseren Verband ungefähr weiter agitieren und arbeiten. Möge sich jeder Kollege diese Worte zu Herzen nehmen; möge sich jeder Kollege, welchem am Holzarbeiterverband wirklich etwas gelegen ist, zum Grundsatze machen, bei jeder Gelegenheit für unseren Verband zu agitieren.

Strasburg i. Elz. Am 1. Januar d. J. war der Parkettlegertarif für Strasburg und Umgebung abgelaufen, und an die Sektion der Parkettleger wurde von den Unternehmern die Forderung gestellt, den alten Tarif auf zwei Jahre zu verlängern. Da sich aber im Laufe der Zeit mehrere Mängel herausgestellt hatten, beschloffen die Parkettleger, den Tarif zu ergänzen und zu verbessern. Am 8. Februar wurde in die Verhandlung eingetreten und im Tarif wesentliche Verbesserungen erzielt. So wurde der Minimallohn von 45 auf 50 Pf. erhöht für Leger und von 35 auf 40 Pf. für Hobler. Für Arbeiten auswärts wurde eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Quadratmeter für den Leger und Hobler durchgesetzt. Das Vertragen des Holzes wird nun mit 5 Pf. Zulage pro Quadratmeter bezahlt, wenn verpackt oder sortiert, und unverpackt und unsortiert nur nach im Taglohn vertragen. Regelung der Lohnzahlung usw. Wenn nun auch der neue Tarif noch nicht alle Wünsche der Kollegen vollumfänglich befriedigt, so ist doch wieder durch den Verband ein Schritt zur Verbesserung der Lage getan. Auch unter den Schreinermeistern Strasburgs gärt es seit einiger Zeit, und der Aussperrungsstempel der Berliner scheint auch unseren Scharfmachern in die Nase gefahren zu sein. Der Vorsitzende des Schreinermeistervereins von Strasburg und Umgebung hat seit langer Zeit eine Werkstattordnung ausgeheckt, die er nun plötzlich einer Meisterversammlung zur allgemeinen Einführung empfahl. Nach einem Vortrag „Die heutige Lage unseres Handwerks“, in welchem er über schlechte Zeiten, niedere Preise, teure Miete und Feuerversicherungen, teures Material und immer höher steigende Löhne der Arbeiter jammerte, schlug er folgende Werkstattordnung zur „Hebung der schlechten Lage unseres Handwerks“ vor:

1. In den Werkstätten der Mitglieder des Vereins ist keine Kündigung, jedoch haben die Affordarbeiter ihre affordierte, in Händen befindliche Arbeit fertig zu machen.
2. Die Lohnauszahlung geschieht jeden Samstagabend und wird nach Stunden berechnet.
3. Für Affordarbeiter wird der Lohn vom Meister abgeschätzt.
4. Bei der ersten Lohnauszahlung werden 5 M. einbehalten, welche erst auszubezahlt werden, wenn der betreffende Arbeiter aus der Arbeit austritt und die ihm anvertrauten Sachen in ordentlichem Zustand abgegeben hat.
5. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden und bleibt jedem Meister die Arbeitszeitenteilung vorbehalten.
6. Die Arbeiter haben die ihnen übertragenen Arbeiten genau nach Angabe auszuführen und sind für entstandene Fehler verantwortlich. Dieselben sind auch für die ihnen anvertrauten Werkzeuge und Materialien haftbar.
7. Unbegründetes Fehlen ist verboten; wer dem Geschäft durch Fehlen oder Nachlässigkeit oder sonstige Verstöße gegen diese Werkstattordnung Schaden zufügt, muß für den Schaden aufkommen. Der Schaden wird vom Meister abgeschätzt und der Betrag vom Lohne einbehalten.
8. Das Rauchen ist im ganzen Hause verboten. Das Anzünden von Pfeifen, Zigarren und Zigaretten darf nur nach Verlassen des Hauses geschehen.
9. Die Arbeiter haben am Samstagabend die Hobbeltische abzuräumen sowie unter und vor der Bank sauber zu kehren.
10. Jedem Arbeiter ist eine Werkstattordnung ausgehändigt, welche bei dem Austritt dem Meister wieder in ordentlichem Zustand zurückzugeben ist, wenn nicht, hat der Arbeiter eine Entschädigung von 50 Pf. zu zahlen.
11. Jeder Afford- und Taglohnarbeiter ist gegen Vergütung seines Durchschnittslohns verpflichtet, seine fertige Arbeit abzuliefern sowie beim Abladen und Aufspeichern von Holz behilflich zu sein. — Am Fastnachtsontag bekam nun auch jeder Schreinermeister ein Exemplar zugefickt und wurde aufgefordert, es seinen Gefellen vorzulesen, bevor dasselbe an die Polizei zur Genehmigung geschickt werde.

Wir hielten die Geschichte für einen schlechten Faschings scherz. Doch nur zu bald war es klar, daß es einigen Meistern ernst mit der Geschichte war; nur dem Vorsitzenden des Schreinermeisterverbandes nicht, denn bis heute hat der Herr seinen Gefellen von dieser Werkstattordnung noch nichts vorgelesen. Am Sonntag den 24. Februar beschäftigte sich die Zahlstelle Strasburg in einer äußerst zahlreich besuchten Protestversammlung mit dieser Angelegenheit. Kollege Laurent Meyer referierte über die heutige Lage unseres Handwerks. In Strasburg ist der Kleinbetrieb mit 4 bis 6 Gesellen vorherrschend, die maschinellen Verhältnisse sind in ihrer Mehrzahl unter aller Kritik. Statt daß nun der Meisterverein durch Großeinkäufe von Rohmaterialien, Erbauung von ordentlichen Werkstätten usw. das Handwerk zu heben sucht, statt daß er der Preisdrückerei und den Unterangeboten bei Submissionen in seinen Reihen ein Ziel setzt, sucht er durch Mundtotmachung und Niedernebelung der Arbeiterschaft seine Lage zu verbessern. Eingehend behandelte Redner die Werkstattordnung und führte den Nachweis, daß durch lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn sich die Leistungsfähigkeit der Arbeiter verringert und nicht erhöht. Die Holzarbeiter Strasburgs stehen mit der Krankheitsziffer an erster Stelle, aber noch lange nicht an höchster Stelle bei den Löhnen, denn 68,5 Prozent haben noch nicht einmal einen Lohn von 42 Pf. pro Stunde. Dabei ist Strasburg eine der teuersten Städte Deutschlands. Der Verschlechterung der Verhältnisse entgegenzuarbeiten ist die Pflicht des Verbandes. Aber da muß die Kollegenschaft einsehen, damit auch der letzte Arbeiter in die Organisation eintritt. Nicht nur Beiträge zahlen und die Agitation der Lokalverwaltung überlassen, sondern selbst agitieren, dann erst wird es möglich sein, das zu erreichen, was uns not tut: Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Zilit. Die Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen zwingt uns, die Spalten unserer Verbandszeitung in Anspruch zu nehmen. Nach der letzten Lohnbewegung, die für uns einige Erfolge brachte, schienen die Kollegen auf ihren Vorbeeren einzuschlafen, anstatt sich für spätere Kämpfe vorzubereiten. Dieses sieht man am deutlichsten an dem Besuch der Versammlungen. Es mußten wegen zu geringen Besuchs jüngst zwei Versammlungen (Februar, März) ausfallen; dieses bei einer Mitgliederzahl von 203 Kollegen. Anstatt in den Versammlungen, welche jeden Sonnabend nach dem ersten jeden Monats stattfinden, zu erscheinen und sich da auszusprechen, sitzen die Kollegen lieber in den Kneipen hinter der Schnapsflasche und halten mächtige Diskussionen ab. Gerade in der letzten Versammlung, wo ein Genosse über die Alkoholfrage sprechen wollte, hätte sich Gelegenheit geboten, über den in unserem Osten noch sehr beliebten Brauntweingeist ordentlich auszusprechen. Darum, Kollegen, seid nicht müßig, sondern arbeitet feste mit. Diese Arbeit kann aber nur dann vorwärts gehen, wenn die Versammlungen gut besucht sind und ein jeder Stoff zur weiteren Aufklärung über seine Werkstattangelegenheiten gibt. In dieser Weise kann vieles besser und ruhiger geregelt werden, als in den Kneipen hinter der Brauntweinflasche. Nun auf, Kollegen, erscheint das nächste Mal alle, Mann für Mann, zu unserer Versammlung, Stromgasse 7.

Wilsdruff. Am 2. März tagte hier eine von über 200 Kollegen besuchte Holzarbeiterversammlung, in welcher Kollege Seybold-Dresden über den Gesekentwurf betreffend die Berufsgenossenschaft referierte. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Unter Gewerkschaftlichem kamen die in der Möbelfabrik von Gebrüder Müller ausgebrochenen Differenzen zur Sprache. Die Herren haben eine neue Fußmaschine gestellt und daraufhin so enorme Abzüge vorgenommen, daß es unmöglich ist, mit diesen Löhnen auszukommen. Trotzdem der Arbeiterausschuß schon zweimal unterhandelt hat, ist eine Einigung nicht zustande gekommen. Herr Müller erklärte, daß er gesonnen sei, später noch einige verbesserte Maschinen zu stellen, und dann doch nicht schon wieder abziehen könne. Also zieht er schon jetzt ab für Maschinenarbeit, die den Arbeitern erst in späterer Zeit zugute kommen soll. Da die Arbeiter aber nicht gewillt sind, den Herrn Müller so werden sie ein ernstes Wort mit ihnen reden. Das scheinen die Herren auch zu befürchten, denn sie haben schon schwarze Listen mit sämtlichen Namen der bei ihnen beschäftigten Arbeiter verfaßt. Die Kollegen allerorts machen wir auf die Situation aufmerksam und ersuchen wir, Arbeit nach Wilsdruff nicht anzunehmen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Sämtlichen Holzarbeitern nach Berlin, Burg bei Magdeburg, Kiel;
 - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Muskau (Koch), Treuenbrießen;
 - Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern, Parkettbodenlegern nach Lübeck;
 - Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bernau, Luckenwalde (Spulensfabrik Lange);
 - Hirtenmachern nach Schönheide;
 - Hirtenmachern nach Burgdamm;
 - Vergoldern nach Göteborg (Schweden), Zürich (Firma Thomas & Krannig und W. Herzog);
 - Stockerarbeitern nach Malms (Schweden).

Zufolge der Aussperrung in Berlin werden jetzt Hunderte von Kollegen aus Berlin abreisen. Die Kollegen im Lande werden eindringlich ersucht, offene Arbeitsplätze sofort an das Bureau der Zahlstelle Berlin, Engelauer 15 I, Berlin SO, zu melden.

Die Berliner Aussperrung.

Die Berliner Aussperrung dauert unverändert fort. Da die Betriebe der kampfeslustigen Unternehmer fast alle leer sind, so melden sich neue Aussperrte nur in geringem

Maße. Ausgesperrt wird in Berlin eigentlich überhaupt nicht mehr. Die sich neu meldenden Kollegen haben zumeist den Beschlüssen der Organisation Rechnung tragend die Arbeit selbst niedergelegt. Teilweise handelt es sich um Verweigerung von Streifarbeit, oder die Kollegen hatten ihren Afford fertiggestellt und lehnten die Annahme neuer Arbeit ab. Dagegen ist jetzt ein stärkerer Abgang namentlich durch Abreise zu verzeichnen.

Am 25. Februar betrug in Berlin der Bestand der Streikenden und Ausgesperrten 6828. In der Woche vom 25. Februar bis 2. März kamen hinzu als ausgesperrt 29, herausgezogen 41, Arbeit fertiggemacht und aufgehört 46, zusammen 116. Der Abgang war folgender: Abgereist 254, andere Arbeit genommen 287, Arbeit aufgenommen, wo die Aussperrung zurückgenommen ist, 57, zur Aufnahme in Arbeit oder krank 31, insgesamt abgegangen 629. Am Schluß der Woche betrug die Zahl der Ausgesperrten 6116, das sind 514 weniger wie am Schluß der vorhergehenden Woche und 729 weniger wie am 9. Februar, als die Aussperrung ihren Höhepunkt erreicht hatte. Von den in Berlin überhaupt ausgesperrten 8369 Kollegen sind bis zum 2. März 2744 wieder abgegangen. Nachdem die Vertrauensmännerversammlung am 22. Februar die Abreise der ledigen zum Beschluß erhoben hatte, sind außer den streikenden noch rund 850 arbeitslose Kollegen abgereist. In der Zeit vom 25. Februar bis 2. März haben sechs Firmen mit 48 Aussperrten die Aussperrung zurückgenommen.

In der Woche vom 4. bis 9. März unterzeichneten wieder 6 Meister den Sondervertrag und stellten ihre ausgesperrten Arbeiter wieder ein. In dieser Woche meldeten sich überhaupt nur 50 neue Streikende. Da der Abgang wieder ein großer war, ist die Aussperrtenziffer noch weiter gesunken.

Die Meister behaupten in der Presse, daß die Zahl der Ausgesperrten viel größer sei, vom Verband absichtlich zu niedrig angegeben werde und viele Ausgesperrten fälschlicherweise als arbeitslos geführt werden. Die Behauptung, daß die Arbeitslosen ausgesperrt worden sind, ist ganz falsch. Alle entlassenen Kollegen, die sich als ausgesperrt melden und bei denen das Gegenteil nicht klar auf der Hand liegt, werden ohne weiteres als ausgesperrt geführt. Die Kollegen, die von selbst aufhören, oder entlassen und vom Unternehmer andere organisierte Arbeitskräfte im Nachweis oder bei der Streikleitung verlangt werden, die können selbstverständlich nicht als ausgesperrt gelten, denn ihr Arbeitgeber hat doch nicht ausgesperrt. Möglich ist es ja, daß die Meister diese arbeitslosen Kollegen auf den Berichtstartern als ausgesperrt melden. Die Arbeitslosen melden sich allerdings, da eben nur wenige eingestellt werden, und sie kommen auch bei der Unterfützung mit in Betracht, denn sie erhalten ja die gleiche Unterstützung wie die Ausgesperrten. Wichtig ist unsere Mitteilung, daß viele ausgesperrt werden, die sonst, wenn keine Aussperrung wäre, auch arbeitslos geworden wären. Das lehrt ein Vergleich der Arbeitslosenmeldungen d. J. mit denen des Vorjahrs. Nach den Berichten der Meister hatten wir im ersten Quartal 1906 eine sehr gute und in den ersten Monaten dieses Jahres eine ganz schlechte Geschäftskonjunktur. In den ersten neun Wochen des Jahres 1906 wurden im Arbeitsnachweis 6030 Arbeitslose eingeschrieben, in den ersten neun Wochen dieses Jahres aber nur 4601, trotz der guten Geschäftszeit also 1429 Arbeitslose mehr wie in der gleichen Zeit dieses Jahres bei schlechtem Geschäftsgang. Wäre die Aussperrung nicht eingetreten, so würden bei dem geringen Bedarf an Arbeitskräften nicht nur 1429 Arbeitslose, sondern wahrscheinlich 3000 mehr eingeschrieben worden sein. Man kann also ganz gut rechnen, daß von den Ausgesperrten der dritte Teil entlassen worden wäre, hätte die Aussperrung nicht stattgefunden. Nun betrug der Bestand der Arbeitslosen bei der geringen Nachfrage am 2. März 1472, im Vorjahr aber nur 849, also 623 weniger. Der Bestand der Arbeitslosen würde voraussichtlich aber dieses Jahr nach der Lage des Arbeitsmarktes nicht wesentlich geringer sein wie jetzt während der Aussperrung. Es ist also ganz unrichtig, daß der Holzarbeiterverband einen Teil seiner Ausgesperrten unter dem Konto Arbeitslose verbirgt, um die Öffentlichkeit über den Umfang der Aussperrung zu täuschen.

Die „Fachzeitung“ hat sich von jemand vorreden lassen, in der Arbeitslosenversammlung am 7. März sei beschlossen worden, den Vorstand des Holzarbeiterverbandes zu beauftragen, in Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu treten. Zur Veröffentlichung einer solchen Mitteilung liegt wirklich kein Anlaß vor. So weit könnte die „Fachzeitung“ schon mit den Einrichtungen des Verbandes vertraut sein, daß sie wissen müßte, welche Versammlungen über die im Kampfe zu unternehmenden Schritte zu beschließen haben. Der „Fachzeitung“ müßte bekannt sein, daß solche Versammlungen nur zur Information und Diskussion dienen, die Beschlüsse aber in der General- oder Vertrauensmännerversammlung gefaßt werden. Es ist übrigens in keiner Versammlung ein solcher oder ähnlicher Beschluß gefaßt worden, und am 7. März sowie in der ganzen Woche hat gar keine Arbeitslosenversammlung stattgefunden.

In der verflorenen Woche fand im Gewerbegericht eine Sitzung der Schlichtungskommission für die Stockbranche statt, deren Vertrag bekanntlich bis zum Januar 1908 gilt. An der Sitzung nahmen der Obmann der Schlichtungskommission, dessen Stellvertreter und die Kommission der Stockbranche teil. Nach Schluß der Sitzung machte der Gewerbeichter den Versuch, eine Diskussion über die Aussperrung einzuleiten. Die Arbeitnehmervertreter erklärten, daß die Leitung des Holzarbeiterverbandes stets bereit sein würde, an einer Unterhandlung teilzunehmen, während die Unternehmervertreter wieder behaupteten, KonzeSSIONen könnten von ihrer Seite nicht gemacht werden. Da die beiderseitigen Vorstände an der Sitzung nicht teilgenommen haben, zeitigte die Unterredung kein Resultat. Die Meister müßten diesen Vorgang gleich aus und berichteten in der Öffentlichkeit, daß Verhandlungen im Gange seien. Das geschah nur zu dem Zweck, um die Meister bei guter Stimmung zu erhalten. Auf die Stimmung kommt es den Meistern nur an. Schreibt doch die „Fachzeitung“ selbst: „Die Hauptsache ist dieselbe geblieben wie bisher, und das ist die Stimmung unter den Kollegen.“ (Die Meisterkollegen.) Jetzt wissen wir es auch, warum alle möglichen falschen Gerüchte verbreitet und der Falschfensbrief und anderes veröffentlicht wurde. Die allgemeine Stimmung muß erzeugt werden, die nötig ist, um den Kampf noch lange fortführen zu können.

In der letzten Ausschusssitzung erschienen im Auftrage des Berliner Gewerbegerichts vier Mitglieder des Arbeiterverbandes, um die Verhandlung am Gewerbegericht zu eröffnen, was natürlich bejaht wurde. Daraufhin ist für Montag den 11. März eine Vorbesprechung der Parteien im Gewerbegericht festgesetzt worden.

Daß man sich der Hoffnung auf einen Friedensschluß hingibt, ist unbegründet. Der Holzarbeiterverband kann keine Forderungen zurückziehen, weil er keine gestellt hat. Die Unternehmer fühlen sich noch stark und denken, der Verband liege schon am Boden. Sie sehen nicht ein, warum sie uns entgegenkommen sollen. Ferner haben sie für gute Kampfstimmung gesorgt und denken an keinen Friedensschluß. Die Meister sagen es ja in der „Fachzeitung“, was sie wollen. Nicht um Lohnfragen kämpfen sie, sondern sie führen einen Kampf ums Prinzip. Mit einem Schläge wollen sie die Differenzen über die Streitfragen aller Orte zur Entscheidung bringen. Es ist ihnen ein Kampf um die Macht. Die Berliner Ausschussung ist für sie nur der Anfang einer Bewegung großen Stils. Mit einem solchen Kampfe wollen die Tischlermeister für andere Gewerbe bahnbrechend vorgehen, und am 1. April soll in Leipzig, Dresden, Halle, Görtitz und Oldenburg die Ausschussung der dortigen Kollegen erfolgen.

Diese Pläne verkündet die „Fachzeitung“ in ihrer letzten Nummer. Da wird ja an einen Friedensschluß nicht zu denken sein. In solcher Stimmung ist man zu keiner Verhandlung fähig.

Die Meister sind zur Ausführung ihrer neuesten Pläne wohl bereit, das beweisen sie an dem neuesten Vertragsbruch in Steglitz. Dort besteht der Vertrag noch bis zum Juli. Trotzdem wird in Werkstätten nach den eigenen Angaben der Meister Streitarbeit für Berliner ausschussende Firmen gemacht. Das ist schon ein Vertragsbruch. Bisher war es unter jedem Vertrag und in allen Berufen üblich, daß sich die Vertragsparteien neutral verhalten, sich in die Kämpfe anderer nicht einmischen und für keine kämpfende Gruppe eintreten. So haben alle Schlichtungskommissionen entscheiden müssen. Unter dem Vertrag stehende Arbeiter dürfen in keinen Sympathiestreik eintreten und Vertragsmeister dürfen keine Streitarbeit machen. Diesen Standpunkt nahm auch die Berliner Schlichtungskommission für die Holzindustrie ein. Sie beschloß im Jahre 1905, daß die Streitarbeit im Möbelfischlerstreik von den Vertragsmeistern nicht gemacht werden darf, und wies mehrere in Betracht kommende Meister an, diese Arbeiten nicht auszuführen.

Ein Vertragsbruch ist es, wenn die Steglitzer Vertragsmeister durch Herstellung von Streitarbeit in den Berliner Kampf eingreifen und durch Vorgabe von Streitarbeit ihre Leute hinausträngen. Ebenso würde es aussehen, wenn die Steglitzer Kollegen die Einstellung von Berliner Ausschussungen fordern und die Einstellung durch eine Arbeitsniederlegung erzwingen wollten. Die Arbeitgeberverbände begehen in Steglitz einen doppelten Vertragsbruch, erstens durch Vorgabe der Streitarbeit und zweitens durch die beschlossene Aufhebung des bis zum Juli geltenden Vertrages und die am 2. März beginnende Ausschussung. Mit solchen Gegnern werden wir noch keinen Frieden schließen können.

In Barmen unterbreiteten die Kollegen den Schreinermeistern am Orte dieselben Forderungen, welche in der Schweitzerstadt Elberfeld nunmehr schon seit zwei Jahren verträglich festgelegt und durchgeführt sind. So an Stelle der zehn- die neunstündige tägliche Arbeitszeit mit entsprechender Erhöhung der Löhne, Besserbezahlung der Überstunden und Montagetagen. Die Bewegung wird gemeinschaftlich mit den Christlichen und Hirsch-Duncker'schen geführt. Hoffentlich zeigen nunmehr auch die Barmen Arbeitgeber, daß sie ihren Kollegen in Elberfeld in nichts zurücktreten, und bewilligen die in bescheidenen Grenzen gehaltenen Forderungen, ohne es auf eine Arbeitseinstellung ankommen zu lassen. Unsere Kollegen im Lande ersuchen wir um Fernhaltung von Zugzug.

In Beuel a. Rh. wurde mit dem Holzarbeiterverband ein Vertrag abgeschlossen, der u. a. die Einrichtung eines Arbeiterausschusses, einen zwei Stunden früheren Arbeitsbeginn und den Tagen vor den hohen Feiertagen (bei Fortzahlung des Lohnes auch für Akkordarbeiter), eine je fünfprozentige Lohnenerhöhung am 15. Juli 1907 und am 15. Juli 1908 vorsieht und die Montageentschädigung regelt. In dem Betriebe ist schon seit zwei Jahren die 9stündige Arbeitszeit eingeführt, während sonst in Beuel und in Bonn (mit Ausnahme zweier Betriebe) noch 10 Stunden gearbeitet werden muß.

In Wietzenbruch erzielten die Birkenmacher Dank der guten Organisation nach stattgefundener Verhandlung mit den drei Firmen, daß vom 11. März ab die Arbeitszeit täglich 9 1/2 Stunden, Sonnabend 9 Stunden beträgt. Außerdem wurde eine Erhöhung der Lohn- beziehungsweise Akkordsätze um 5 Prozent im Durchschnitt zugestanden.

In Eblu wurde wie auch in Düsseldorf zwischen dem Arbeitgeberverband und Innung einerseits und dem Deutschen und Christlichen Holzarbeiterverband und Gewerbeverein Hirsch-Duncker andererseits auf dem Wege der Verhandlung ein Vertrag abgeschlossen mit folgenden Hauptbestimmungen: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden, sie soll bis spätestens 6 Uhr abends dauern. An den Vorabenden der hohen Feiertage beträgt die Arbeitszeit acht Stunden bei Vollbezahlung des Lohnes. 2. Gegenseitige Kündigung findet nicht statt. 3. Den Vertretern der Arbeiterchaft ist die Dringlichkeit von Überstunden vorher mitzuteilen. Es wird für solche bis 8 Uhr abends ein Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde, von 8 bis 9 Uhr 20 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 30 Pf. pro Stunde bezahlt, unbestimmt ob Lohn- oder Akkord vorliegt. Montags und Samstags sind Überstunden möglichst zu vermeiden. 4. Die bisherigen Stundenlöhne der Hand- und Maschinenschreiner werden ab 1. April 1907 um 2 Pf., 1. April 1908 um 2 Pf. und 1. April 1909 um 1 Pf. erhöht. Es sind Lohnbücher einzuführen, welche Eigentum der Gesellen bleiben. In Betrieben, wo in Akkord gearbeitet wird, ist ein Akkordtarif zur Ansicht der Beteiligten bereitzuhalten. In dem Tarif nicht vorgesehene Arbeiten unterliegen der gegenseitigen Vereinbarung, jedoch sind die Akkordpreise spätestens innerhalb drei Tagen nach Beginn der betreffenden Arbeiten festzu-

legen. Diese Frist kann jedoch bei großen und schwierigen Arbeiten bis zu zehn Tagen verlängert werden. 5. In Betrieben mit über acht Gesellen kann ein Arbeiterausschuß gewählt werden aus mindestens drei Personen. In den Arbeiterausschüssen sollen möglichst die am längsten im Betrieb beschäftigten Arbeiter gewählt werden. 6. Die Schicht erfolgt wöchentlich, tumlicht Freitags, sie muß eine Viertelstunde nach Schluß der Arbeitszeit beendet sein. Die Abrechnung reicht bis zum Abend des vorhergehenden Tages. 7. Bei auswärtigen Arbeiten wird pro Tag ein Zuschlag von 2,50 Mk. gezahlt. Wo bisher höhere Sätze bezahlt wurden, bleiben diese bestehen. Eisenbahnfahrzeit gilt als Arbeitszeit und ist im Lohn zu berechnen. Vor den hohen Feiertagen wird eine weitere Rückfahrt, immer III. Klasse, vergütet. Bei Arbeiten in unmittelbarer Umgebung der Stadt ist das Jahrgeld oder 75 Pf. für Wittageßen zu vergüten. 8. Zur Schlichtung von den sich aus dem Arbeitsvertrag ergebenden Streitigkeiten wird eine Schlichtungskommission von je sechs Arbeitgebern und sechs Arbeitnehmern gebildet. 9. Während der Vertragszeit dürfen allgemeine Forderungen von den unterzeichneten Verbänden auch nicht bezüglich einzelner Betriebe gestellt werden. Dieses findet jedoch auf Firmen, welche dem Arbeitgeberverband oder der Innung nicht angehören, keine Anwendung. 10. Der Vertrag hat Gültigkeit vom 15. März 1907 auf drei Jahre beziehungsweise bis zu einem von den Zentralvorständen entsprechend dem kommenden Berliner Vertrag festzusetzenden Termin zwischen dem 1. Januar und 1. April 1910. Wird der Vertrag nicht 3 Monate vor Ablauf dieser Frist gekündigt, so läuft er für ein weiteres Jahr fort und so weiter. Seitens der beteiligten Zentralverbände sind die Unterchriften bis zum 15. März beizubringen. Die Zustimmung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu dem Vertrag erfolgt in deren Mitgliederversammlungen.

In Mustan i. L. sind, wie bereits berichtet, in dem Betriebe von G. Koch, Dampfischlerei, wegen unregelmäßiger Lohnauszahlung Differenzen ausgebrochen. Über diesen Betrieb mußte schließlich die Sperre verhängt werden. Vor Zugzug wird gewarnt.

In Oker a. S. erzielten die Korbmacher in der Korbmachereifabrik des Herrn Fritz Barthel eine vierprozentige Lohnerhöhung, sowie eine entsprechende Verbesserung des Akkordtarifs und die 10 stündige Arbeitszeit (bisher 10 1/2 Stunden). Es ist ein schöner Erfolg, den die Kollegen der Barthelschen Werkstatt ohne Kampf errungen haben, und welchen sie in erster Linie ihrer strammen Organisation zu verdanken haben. Hoffen wir, daß nun auch endlich die Kollegen der Bokemüllerschen Werkstatt zur Einsicht kommen und die Gleichgültigkeit abstreifen. In dieser Werkstatt arbeitet unter anderem ein Kollege, welcher früher ein tüchtiges und eifriges Mitglied unseres Verbandes war, jetzt aber leider im entgegengesetzten Sinne wirkt. Hoffentlich wird er das Verehrte seines Verhaltens bald einsehen und sich wieder unter die früher von ihm einst hochgehaltenen Fahne stellen. Kollegen, welche bei Herrn Bokemüller in Arbeit treten wollen, werden dringend erlucht, sich zuvor an Kollege Friedr. Immenroth, Goslar, Jakobstr. 30, zu wenden.

Aus der Holzindustrie.

Fortschritte im Holzarbeiterverband. Auch aus den uns heute vorliegenden Jahresberichten größerer Zahlstellen für das Jahr 1906 läßt sich die günstige Entwicklung unseres Verbandes im letzten Jahre ersuchen.

In Cassel stieg die Mitgliederzahl von 1195 auf 1325, also um 130. Hier wurde eine umfassende und erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt. Der Kassenbericht weist für die Verbandskasse 28 426,62 Mk., die Lokalkasse 21 083,67 Mk. Einnahme auf, hiervon 10 445,85 Mk. aus lokalen Beiträgen. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen 13 664,91 Mk., davon an Krankenunterstützung 2990 Mk., an das Gewerkschaftshaus 3500 Mk., an Streikunterstützung 555 Mk., während aus der Verbandskasse an Streikunterstützung 1302 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 1303 Mk. verausgabt wurden.

In Gießen war auch im abgelaufenen Geschäftsjahre ein wenig glänzender Geschäftsgang zu verzeichnen, was allein daraus hervorgeht, daß an Arbeitslosenunterstützung wiederum 17 102,49 Mk. aus der Verbandskasse und 5364,14 Mk. aus der Lokalkasse verausgabt wurden. Gleichwohl wurden recht annehmbare wirtschaftliche Erfolge erzielt und die Mitgliederzahl stieg von 4092 auf 4491. Vereinnahmt wurden in der Verbandskasse 90 132,21 Mk., in der Lokalkasse 54 423,87 Mk., verausgabt wurden von der Lokalkasse 30 663,74 Mk., hiervon 2237,37 Mk. an Streikunterstützung, 2240,49 Mk. an Agitation, an Verwaltungskosten 14 974,95 Mk., an Kartellbeiträgen 1903,20 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse stieg von 16 021,34 Mk. auf 39 781,21 Mk.

In Hannover stieg die Mitgliederzahl von 2433 auf 2556, also um 123. Auch hier war im Laufe des letzten Jahres eine rege und erfolgreiche Lohnbewegung. Die Verbandskasse vereinnahmte 75 897,84 Mk., die Lokalkasse 41 054,92 Mk. Die Ausgaben der Lokalkasse bezifferten sich auf 40 628,55 Mk., so daß der Lokalkassenbestand von 11 423,94 Mk. auf 11 855,29 Mk. stieg. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 8220,61 Mk. aus der Verbandskasse und 5890,19 Mk. aus der Lokalkasse, an Streikunterstützung 28 062,37 Mk. aus der Verbandskasse und 11 847,76 Mk. aus der Lokalkasse verausgabt.

In Zuffenhausen waren am Jahresschluß 290 Kollegen im Verband organisiert, 94 mehr als ein Jahr vor dem. Der Verband hat eine erfolgreiche Lohnbewegung der Möbelfischer und Stuhlarbeiter durchgeführt. Für die Lokalkasse wurden vereinnahmt 5679,71 Mk., für die Lokalkasse 5138,13 Mk. Das Vermögen der Lokalkasse beläuft sich auf 2684,10 Mk. Von den Ausgaben der Lokalkasse sind bemerkenswert 1162,30 Mk. an Krankenunterstützung. Der Jahresbericht dieser Zahlstelle, eine recht fleißige Arbeit, enthält eine Lohnstatistik, nach Werkstätten rubriziert.

Die Meerschammsfabrikation in Ruhla ist in Gefahr. Der echte Meerschamm ist beinahe nicht mehr aufzutreiben. Im einzigen Fundort in den Gruben von Esti-Schehir, Provinz Anatolien (Kleinasien), wird die Ausbeute immer kleiner, während sich der Bedarf, besonders in England und Nordamerika, ständig vergrößert. Infolgedessen haben die Preise in den letzten Jahren mehrmals angezogen. Die letzte Sendung aus Brussa, die in diesen Tagen eintraf, brachte

eine abermalige Preiserhöhung um 30 Prozent. Die Einheit des Meerschammes und die rapide Verteuerung Rohmaterials bedrohen die ganze Ruhlaer Meerschammindustrie.

Sächsischer Holzwarenfabrik Mag. Böhmke & Akt.-Ges., in Dippoldiswalde. Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte dem jungen Unternehmen die erwünschte Geschäftsausdehnung und trotz höherer Herstellungskosten damit nicht ganz im Einklang zu bringender Verkaufssteigerung des Rohvertrages von 86 648 Mk. 120846 Mk. Nach Kürzung von 26 928 Mk. (i. V. 15811) für Abschreibungen können auch auf das erhöhte Kapital aus dem 93 922 Mk. (70 827 Mk.) betragenden Gewinn wieder 5 Prozent Dividende ausgeschüttet und anderem 11 597 Mk. (9331 Mk.) auf neue Rechnung getragen werden. Das Kapital beträgt jetzt 1,2 Mill. Mark. Der Geschäftsgang bleibt auch im laufenden befriedigend bei steigenden Umsätzen. Die erweiterte ist fast voll im Betrieb.

Aus Paris ist bei dem Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter, Kollege Leipart, nachfolgend Schreiben eingegangen: Die dem Verband der Möbelfischer angeschlossenen Tischler von Paris haben, in dankbarer Anerkennung an die Unterstützung, welche der Deutsche Arbeiterverband ihnen in ihrem Streik im Mai gewährt hat, einstimmig beschlossen, den ausgeschussenden Arbeitern in Berlin die Summe von 500 Franken zu willigen. Wir haben diesen Betrag an Ihre Adresse abgefordert und bitten Sie, ihn den Berliner Kollegen zukommen lassen und denselben gleichzeitig zu sagen, daß die gleiche Not wie sie bedrückten Kameraden jenseits der Grenze ihren Kampf mit großer Spannung verfolgen. einen geringen Beitrag können wir leisten, aber er ist von Herzen und wir hoffen, daß er ihnen helfen wird, ihnen von den Arbeitgebern aufgedrungenen Kampf sie zu bestehen. Mit brüderlichem Gruß der Sekretär: Dube, Chambre Syndicale des Ouvriers Ebénistes du Département de la Seine, Passage Rauch, Paris XI.

Gewerkschaftliches.

Christliche Fortschritte.

Das Jahr 1906 war für die christlichen Gewerkschaften nach dem soeben veröffentlichten Bericht des Ausschusses Gesamtverbandes eine Periode der äußeren Ausbreitung wie auch der inneren Konsolidation. Sie hatten nach Bericht eine Mitgliederzunahme von 65 000 bis 70 000, Jahreseinnahme von drei Millionen Mark und am Jahreschluß einen Kassenbestand von mehr als zwei Millionen Mark.

Dem Gesamtverband hat sich im Laufe des Jahres der bayerische Salinenarbeiterverband mit etwa 900 Mitgliedern und die bekannte Streikbrecherorganisation, genannt Gutenbergbund, mit circa 3000 Mitgliedern angeschlossen. Der Anschluß des Verbandes des bayerischen Post-Telegraphenpersonals soll ebenfalls nahe bevorstehen. Es ist es gelungen, in München eine lokale Organisation Herrschaftsbediensteten zu gründen, die für eine allgemeine Organisation dieser Branche im Rahmen der christlichen Gewerkschaften den Grundstock bilden soll. Also Erfolge! Dem steht ein großer Mißerfolg gegenüber: In Berlin domizilierende Bund der Fleischergehilfen Deutschlands hat sein wohlverdientes Ende gefunden. Die Scham dieser Meute trägt „eine mangelhaft betriebene Geschäftsführung und Leitung“ und der Mangel an gutem Willen der Führer (zu denen wohl der Herr Licentiat Mühlbacher) diejenige Schuld zu betätigen, die zur Überwindung einer solchen Krisis notwendig ist.

Die christlichen Führer haben im letzten Jahre alle Hände in Bewegung gesetzt, um ihre Organisation zu kräftigen. So erließen sie gemeinsam mit den Vorständen der evangelischen und katholischen Arbeitervereine einen Aufruf, welchem sowohl die Notwendigkeit konfessioneller Arbeit vereine wie christlicher Gewerkschaften begründet wurde. Des ferneren fanden an vielen Orten gemeinsame Versammlungen, ein gegenseitiger Mitgliederlisten-austausch (!!) und im Anschluß daran eine Hausagitation statt. Erst in Reichstagswahl hat dieser Agitation ein vorzeitiges Ende gemacht, doch soll sie demnächst wieder aufgenommen werden. Das Berliner Sekretariat will bei dieser Agitation sich selber der Hauptstelle der inneren Mission bedienen. Da kann wir uns ja demnächst auf einiges gefaßt machen.

Mit welchem Hochdruck die Christlichen arbeiten, kann man daraus ersehen, daß am Jahreschluß 1906 in Bayern nicht weniger als 14 christliche Beamte tätig waren, wozu 6 vom Hilfsarbeiterverband, 2 vom Bauarbeiterverband, je einer vom Textil-, Eisenbahner-, Keram-, Holzarbeiterverband, Gesamtverband und Augsburger Bezirkskartell. Demnächst sollen aber solche Beamte noch in Nürnberg und in München angestellt werden, so daß die Zahl der Beamten in Bayern dann 16 beträgt.

Bemerkenswert ist, daß der Ausschuss des Gesamtverbandes sich entschieden gegen die zahlreichen Anfordernngen auf Anstellung von Sekretären wendet. Bis jetzt leistet der Gesamtverband Zuschüsse an ein Bayerisches, Schlesiendes, Berliner, Südwestdeutsches, Lothringers und Pfälzer Sekretariat, und zwar insgesamt 14756,41 Mk.

Die Einnahmen beliefen sich auf 90474,16 Mk., davon 35 636,99 Mk. an regelmäßigen Beiträgen à 20 Pf. im Jahr pro Gewerkschaftsmitglied. Die Ausgaben bezifferten sich auf 71 912,23 Mk., davon außer den genannten Posten für Sekretariate 11 375,16 Mk. für das Zentralblatt, 5444 Mk. für das polnische, 5790,57 Mk. für das italienische Organ

7295,21 Mt. für das Generalsekretariat, 1620 Mt. für das Zentralbureau für Arbeitervertretung, 990,60 Mt. für den Breslauer Kongress usw.

Der Bauhilfsarbeiterverband hat sich im letzten Jahre außerordentlich günstig entwickelt. Er zählte Ende 1905 55447, Ende 1906 83525 Mitglieder, hatte somit im Jahre 1906 eine Zunahme um 28078 Mitglieder.

Der Bureauangestelltenverband steigerte im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 703 auf 1188, also um 485. Er hatte eine Gesamteinnahme von 9680,01 Mt., eine Gesamtausgabe von 6735,33 Mt., so daß der Kassenbestand, der sich Anfang 1906 auf 6506,17 Mt. belief, Ende 1906 9430,85 Mt. betrug.

Der Friseurgehilfenverband verzeichnete im letzten Jahre eine Zunahme seines Mitgliederbestandes um 493, denn er hatte am 31. Dezember 1905 1416, am gleichen Zeitpunkt 1906 1909 Mitglieder.

Der Putzwerkerverband hatte Ende 1906 6806 Mitglieder gegen 5517 Ende 1905, er hatte somit im Jahre 1906 einen Zuwachs von 1289 Mitgliedern zu verzeichnen.

Der Metallarbeiterverband hatte am Jahreschluß 1906 nach einer Zusammenstellung seiner Gauvorsitzer 835075 Mitglieder, 75333 mehr als Ende 1905.

Der Schuhmacherverband nahm im letzten Jahre ebenfalls eine durchaus günstige Entwicklung. Er hatte Ende 1905 28546, Ende 1906 35322 Mitglieder, hatte somit im 1906 eine Zunahme um 6776 Mitglieder.

Der Kriegerverband schloß das Jahr 1906 mit einem Mitgliederbestand von 447 in 13 Filialen ab.

Zu Erfurt stieg die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Jahre 1906 laut dem für dieses Jahr herausgegebenen Bericht des dortigen Gewerkschaftsartells von 4621 auf 5384.

Die gewerkschaftliche Produktionsgenossenschaft der Schneider in Jena, die vor einigen Jahren nach einem verlorengegangenen Streit mit Unterstützung des Schneiderverbandes und des Jenaer Gewerkschaftsartells gegründet wurde, erzielte 1906 88000 Mt. Umsatz (1905 84000 Mt.), einen Bruttogewinn von 7296,13 Mt. und einen Reingewinn von 1818,74 Mt.

Das Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. hat im letzten Jahr unter dem Einfluß der Lebensmittelteuerung wesentlich ungünstiger gewirtschaftet als im Jahre 1905. Es erzielte nur einen Reingewinn von 2611,27 Mt., während im Jahre 1905 der Überschuß sich auf 12452,91 Mt. belieferte.

Unternehmerbewegung.

Der Verband sächsischer Textilindustrieller hat es abgelehnt, den Wunsch der Arbeiter nach einheitlichen Lohnverträgen in der Stoffhandelsweberei, Bleicherei, Färberei und Appretur zu erfüllen. Er will auch mit den Vertretern der Arbeiterorganisation nicht verhandeln.

Ein Scharfmacherverband für das deutsche Glasergewerbe. Unter dem Namen "Schutzverband selbstständiger Glaser und verwandter Gewerbe Deutschlands" ist nun eine Unternehmerorganisation zustande gekommen, die sich ihrem Statut nach als ein echter Scharfmacherverband darstellt mit dem ja glücklicherweise unerreichbaren Zwecke, jedes ernste Streben der organisierten Glasergehilfen nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unmöglich zu machen.

Eingefandt.

Die Korbmacher vor einer neuen Geschloßperiode.

Volle zehn Jahre sind verflossen seit der letzten Geschloßperiode, in welcher es einem großen Teil unserer Kollegen vergönnt war, unter guten Lohnverhältnissen auch einmal als Menschen leben zu können. Aber leider dauerte das nur kurze Zeit. Fragen wir uns nun, wie es kam, daß sich damals die Löhne so rapid abwärts bewegten, so muß man ohne weiteres zugeben, daß der Indifferentismus der Kollegen die größte Schuld daran hatte.

In den letzten Monaten hat sich nun unter den Korbmachern im ganzen Reiche eine freudige Erregung bemerkbar gemacht, denn wir stehen vor einer neuen Geschloßperiode. Um nun aber ein derartiges Fiasko wie vor zehn Jahren

zu verhüten, ist es nötig, daß wir uns bestimmte Ziele setzen an denen wir unbedingt festhalten müssen. Vor allen Dingen wäre wohl der Arbeitslohn in Betracht zu ziehen. Die ersten Probeförbe für die jetzige Periode sind in Spandau gemacht worden und ist dort der Lohn nach einem mittleren Arbeiter kalkuliert und auf 4,60 Mt. pro Stück festgesetzt worden. Auch wurden in vielen anderen Orten Probeförbe gemacht, die Kollegen waren auch zum Teil so vernünftig und erkundigten sich erst bei ihrer Zentralkommission nach dem Arbeitslohn. Auf diese Weise wurden die Submissionen schon etwas gleichmäßiger wie früher und die Regierung wies auch solche Unternehmer zurück, welche unter sehr niedrigen Preisen einreichten, man nahm wohl dabei an, daß letztere die Lieferung nicht einhalten könnten, jedenfalls für uns sehr vorteilhaft. An den Kollegen liegt es nun, diesen Preis auf der ganzen Linie aufrecht zu erhalten.

Auch haben es die Kollegen jetzt in der Hand, ihren Arbeitsnachweis zur Geltung zu bringen. Es sollte den Arbeitgebern am Orte mündlich oder schriftlich mitgeteilt werden, daß Arbeitskräfte durch den Nachweis unseres Verbandes bezogen werden können, und unter 4,60 Mt. keine Geschloßförbe angefertigt werden. Hierzu haben wir die besten Gründe, weil jeder Arbeitgeber, laut seiner Submission, in der Lage ist, 4,60 Mt. zu bezahlen. Die Kollegen im Lande werden darauf hingewiesen, nicht auf jedes Injektat blind drauf los zu reisen, sondern sich immer erst bei den Ortsverwaltungen zu erkundigen. Sobald die Geschloßförbe angefertigt werden, wird die Zentralkommission Fragebogen versenden, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Geschloßförberstätten festzustellen, das Ergebnis wird dann baldigt durch die "Holzarbeiter-Zeitung" den Kollegen bekannt gegeben. Sollten noch Orte sein, wo Probeförbe gemacht worden sind, die betreffenden Kollegen aber noch nicht mit der Zentralkommission in Verbindung stehen, so werden dieselben ersucht, letzterer sofort Mitteilung zu machen. Voraussichtlich werden die Geschloßförbe (sogenannte Drillinge) Mitte April vergeben werden.

Zentralkommission der Korbmacher Deutschlands
F. A.: Otto Schunke, Berlin N., Zionskirchplatz 12.

Zur Agitation unter den Bürstenmachern.

In Nr. 8 der "Holzarbeiter-Zeitung" gibt die Zentralkommission der Bürstenmacher einen Bericht über die im vorigen Jahre ausgekommene Umfrage. Es ist ja leider herzlich wenig, was dort berichtet wird, doch will ich gern glauben, daß dies weniger Schuld der Zentralkommission, als die der Kollegen in den einzelnen Orten ist. Die Fragen waren so gestellt, daß jeder Kollege wissen konnte, was von ihm verlangt wurde, und trotzdem diese schlechte Auskunft! Meiner Ansicht nach sind hier diejenigen Kollegen schuld daran, denen in den einzelnen Orten die Aufgabe übertragen war, die Fragebogen auszufüllen, wenn auch zugegeben werden muß, daß viele Kollegen sich weigerten, Auskunft über die Verhältnisse in ihrer Werkstatt zu geben. Die in Berlin tätigen Kollegen können ja ein Lied davon singen, wie schwer es ist, von unorganisierten Kollegen dergleichen zu erfahren, noch schwieriger ist es allerdings, aus den bei Anstedt organisierten Kollegen etwas herauszubekommen; haben wir doch von über 60 Betrieben in Berlin nur aus 29 Betrieben Auskunft erhalten.

Wenn nun der Kollege Huzler zum Schluß die Kollegen auffordert, mehr wie bisher für den Verband tätig zu sein, so ist er ja damit im Recht, doch möchte ich den Kollegen Huzler auch auf einiges aufmerksam machen. Auf unserer Konferenz in Nürnberg haben wir unter den Anträgen auch einen solchen, der von vier Orten eingebracht war und dahin ging, daß die Agitation soweit wie möglich durch Berufs-kollegen betrieben werden sollte. Der Kollege Seipart vom

Hauptvorstand hatte sich hierzu in zustimmendem Sinne geäußert. Da möchte ich mir nun einmal die Frage erlauben: Was ist bis jetzt in dieser Beziehung getan worden? Aus der "Holzarbeiter-Zeitung" hat man sehr wenig darüber erfahren. Berlin liegt ja allerdings etwas weit von der Heerstraße ab, und ist es darum vielleicht zu umständlich, daß wir einmal etwas davon erfahren, wie es mit der Agitation unter unseren Kollegen in den anderen Orten aussieht. Des ferneren hatte der Kollege Reibitsch in seinem Referat über die Agitation verlangt, daß die Zentralkommission diejenigen Kollegen, die in der Agitation tätig sind, mit Agitationsmaterial unterstützen solle. In dieser Beziehung hat es die Zentralkommission im vorigen Jahre an allem fehlen lassen. Auf wiederholtes Schreiben im vorigen Herbst haben die Berliner Kollegen von der Zentralkommission kein Material über die Mißbrandgefahr erhalten, trotzdem doch schon seit Jahren in Nürnberg eine Mißbrandkommission bestand.

Ich möchte nur wünschen, daß die Zentralkommission in bezug auf Agitation in diesem Jahre etwas mehr von sich hören läßt als im vergangenen Jahre, daß einmal die Kollegen mehr zur Agitation herangezogen werden, und daß denselben auch mehr Agitationsmaterial zur Verfügung gestellt wird.

Die Zeit ist für uns jetzt außerordentlich günstig; der erfolgreiche Abschluß des Kampfes in Schönheide, die Preis-erhöhungen in den verschiedensten Orten usw. Kollegen, es liegt jetzt nur an uns, die Zeit auszunutzen und möglichst viel indifferente Kollegen zu uns heranzuziehen, damit wir zu gegebener Zeit auch in der Lage sind, durch gute Organisationsverhältnisse eine Verbesserung unserer Lebenslage herbeiführen zu können.

H. Schmalbach-Berlin.

Literarisches.

Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke. Neue illustrierte Ausgabe in zwei Bänden. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Rudolf v. Gottschall. Hamburg, Hansa-Verlag.

Ferdinand Freiligrath gehört zu den beliebtesten Dichtern des deutschen Volkes. Einige seiner Gedichte, wie der "Löwenritt", "Aus dem schlesischen Gebirge" und andere sind schon zu Lebzeiten des Dichters in Schulbücher und Anthologien übergegangen und haben dadurch wesentlich zu dessen Popularität beigetragen. Den deutschen Arbeitern ist Freiligrath besonders wert durch seine politischen Lieder aus der Zeit der deutschen Revolution. Sein "Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung", an welcher er ein Mitarbeiter von Karl Marx war, ist ein Lied voll echten Rebelltrotzes; auf den gleichen Ton gestimmt ist das Mahnwort "Die Toten an die Lebenden". Diese sowie verschiedene andere Revolutionslieder Freiligraths haben immer wieder die deutschen Arbeiter begeistert und ihren Mut im Kampfe gegen die Unterdrücker angefaßt.

Freiligraths Werke waren bisher verhältnismäßig teuer; nachdem jedoch im vorigen Jahre die gesetzliche Schutzfrist für dieselben abgelaufen ist, war die Möglichkeit gegeben, billigere Ausgaben zu veranstalten. Der vorliegenden Ausgabe des Hansa-Verlags in zwei Prachtbänden mit künstlerischen Illustrationen dürfte eine weite Verbreitung sicher sein. Der Preis von 3,50 Mt. für beide Bände muß als äußerst niedrig bezeichnet werden.

Briefkasten.

Der heutigen Nummer liegt in zwei Exemplaren eine Flugschrift bei, welche über die Aussperrung in Kiel und Burg wichtige Aufklärung bringt. Jeder Leser wolle ein Exemplar an seinen Nebenkollegen oder auch an seinen Arbeitgeber abgeben.

Da diese Zeitung bereits Montagmittag in Druck gegeben werden mußte, konnten mehrere erst Montag morgens einkaufende Einfendungen keine Aufnahme finden.

Düsseldorf. A. S. Arbeitsverträge werden mit Rücksicht auf den beschränkten Raum unserer Zeitung bereits seit 2 1/2 Jahren in derselben nicht mehr veröffentlicht.

Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1907.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstüfung haben erhalten. Rows include Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Chemnitz, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, Hauptkasse, and monthly data for 1907.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Döbeln. Sonnabend den 23. März, abends 7/8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal der Mühlenterrasse. Vortrag über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Zahlreiches Erscheinen wünscht Die Verwaltung.

Anzeigen.

Bad Kissingen. Gerberge und Verkehrslokal befinden sich in der Wirtschaft bei Math. Unterer Marktplatz. Dasselbst Reiseunterstützung mittags von 12-1 Uhr und abends von 7-8 Uhr. Umschauen ist allen zugereisten Kollegen freigestellt.

Diejenigen Kollegen, welche den Aufenthalt des Bürstenmachers Karl Sauter oder dessen Bruder Eduard Sauter, beide aus Göttingen gebürtig, wissen, bitte ich, mir deren Adresse umgehend und zwar unfrankiert zuzuschicken.

Der Tischler Wilhelm Elger, geb. 28. 8. 77 in Neustadt, Bezirk Friedland, Böhmen, wird ersucht, seine Adresse an die Exp. d. Solgarb.-Ztg., Stuttgart, Adlersstr. 43, zu senden.

Der Tischler Paul Optis, Buchn. 195380, geb. 17. 12. 1893 in Dresden, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen Friedrichstadt gegenüber nachzukommen.

Die Kollegen allerorts werden vor dem Schreiner Fritz Baur, geb. 1. Dezember 1892 zu Waldburg Wt. Ohrlingen, gewarnt. Er gibt überall an, organisiert zu sein, entlehnt von seinen Kollegen Geld und verschwindet dann spurlos.

Die Kollegen Zimmann, Buchn. 202900, und Wöhrer, Buchn. 6488, werden ersucht, die aus der Bibliothek der Bahnhofs-Gamrover entlehnten Bücher sofort nach Knochenhauerstraße 1 zurückzugeben.

Der Tischler Louis Wilhelm Wöhrer sende umgehend seine Adresse an C. Winkler, Schriftföhrer, Ernststr. 8, Schellen, Müdenstraße 8, 2.

Der Stellmacher August Wetz wird ersucht, seine Adresse zu senden an Stellmacher Gustav Gierman in Dortmund, Molandstraße 6. Kollegen, die dessen Adresse kennen, werden um deren Mitteilung gebeten.

Ich erkläre hiermit, daß ich die tätliche Verleumdung, welche ich Herr Leander Clausnitzer hier zugefügt habe, bedauere und bitte ihn deshalb um Verzeihung.

Einem Tischler, welcher in Kollmanen- und Salustiefach erzharen, sucht R. Melzer, Salustiefabr., Rannburg a. S.

Werkmeister (Bautischler) für Holzbearbeitungsfabrik mit Dampftrieb, durchaus selbständig, zuverlässig im Mahnehmen und Aufreißen, zu sofort gesucht.

Gesucht ein tüchtiger Schreinermeister in eine Bauschreinerel. Offerten sind zu richten unter Chiffre Z. Y. 2499 an Rudolf Mosse, Zürich.

Suche sofort einen Drechsler der selbstständig arbeiten kann, sowie zu Mitte April 2 zuverlässige Maschinenarbeiter (gelernte Tischler) sämtlich für dauernde Stellung.

Dannenberg (Elbe), Provinz Hannover. Tüchtiger jüngerer Drechsler für Kraftbetrieb bei dauernder Arbeit gesucht.

Gebrüder Exner, Straßburg.

1 Drechsler kann sofort in Arbeit treten. Möbelarbeit. Betrieb elektrisch. Lohn 15 Mk. C. Wiasner, Drechslerstr., Grünberg, Schl. 1 tüchtiger Drechsler sofort gesucht.

Leistensfehler mit der vierseitigen Reihmaschine durchaus vertraut, gegen hohen Lohn für sofort gesucht.

A. H. Freiberg & Co. Oberkassel-Düsseldorf. Gesucht eine erfahrene, durchaus tüchtige, zuverlässige Stockpoliererin zur Aufsicht bei hohem Lohn.

Einige tüchtige Perlmutterfräser finden Beschäftigung. Hannoverische Knopffabrik Gompertz & Meinrath, Hannover.

Einige tüchtige Polierer für Perlmutterknöpfe finden Beschäftigung. Hannoverische Knopffabrik Gompertz & Meinrath, Hannover.

Zwei fleißige Raumachergehilfen auf Hornarbeit werden noch für dauernde Arbeit sofort gesucht.

Max Bruchmann, Schweidnitz, Schl.

Peddig- und Rohrmöbelarbeiter sofort gesucht. Dauernde und lohnende Beschäftigung. Verheiratete Korbmacher bevorzugt.

Karl Hochherz Troisdorf bei Köln a. Rhein.

Gesucht 20 tüchtige Korbmachergehilfen auf grüne gemattete Körbe und auf Rohrarbeit.

J. M. W. Heitmann, Hamburg Antonistraße 12.

Korbmacher. Einige tüchtige Arbeiter auf Geschlagen und Peddiggestell bekommen dauernde Beschäftigung bei R. Wengler, Copenhagen, Korsgade 16.

2 tüchtige Korbmacher auf grün Gematt sucht bei dauernder Arbeit. Auch für Verheiratete sehr passend.

Ad. Süßmühl, Korbmachermeister Baethen-Langerhütte.

Korbmacher. Tüchtige Gestellarbeiter werden sofort eingestellt. Reise wird vergütet.

Adolf Schmidt, Rohrmöbelabrik Brandenburg a. S.

Jüngerer tüchtiger Korbmacher auf Großgeschlagenes für dauernd gesucht.

Willy Richter, Oberderwin, Sachs. Gesucht ein tüchtiger, zuverlässiger Korbmacher auf Grün und Rohr. Geschäft ist event. für Inventarwert mit fester Kundschaft zu übernehmen.

Frau Güdeke, Harburg, Elbe, Am Wall 16. Suche sogleich 2 Gehilfen auf grün Geschlagen und Gematt.

Henry Bauer, Korbmacher Bredow, Hannover. Gesucht Korbmacher auf Flechtkörbe für Seestemünde bei sehr hohem Lohn. 5 Pf. tarfmäßiger Zuschlag, Verdienst bis 45 Mk. pro Woche.

Konnak, Seestemünde, Körnerstraße 9. Suche sofort 1-2 jüngerer Korbmacher auf Mattarbeit und alle einschlagenden Arbeiten. Kost und Logis im Hause.

Johann Kries II, Korbmachermeister Seidesheim bei Mainz, Kreuzstraße 12. Ein Korbmacher auf weiß und grün Geschlagen findet dauernde Beschäftigung bei E. Walz, Gardelagen, Altmark.

Korbmachergehilfen auf Flechtkörbe bei hohem Lohn sucht Otto Winter, Korbmachermeister, Falkenberg, Bez. Halle.

2-3 Korbmacher auf grün Gematt finden zu sofort dauernde Stellung bei Oskar Steinhage, Braunschweig Bahnhofstraße 14 a. Reisegeld wird vergütet.

Gesucht 10 Korbmacher auf grün Gematt. J. M. Schilling, Herzborn, Holslein.

Korbmachergehilfen. Mehrere Arbeiter auf Geschlagen (Reisekörbe) und gekreuzt, können guten und festen Platz bekommen. O. Kintoff, Kopenhagen, Solbjörnsensgade 12.

Tüchtiger Korbmacher auf Geschlagenes sofort gesucht bei gutem Lohn und dauernder Stellung.

Willy Schröter, Barmen Schuchardstraße 20.

Bürstenmacher. Sofort gesucht 10-15 Becher auf dauernde Beschäftigung, pro 1000 Bündel 1,50 und 1,60 Mk. ohne Auspuhen und Beschneiden. Reisegeld wird bis zu 3 Mk. vergütet.

Fritz Höbings, Bürstenwarenfabrik Lippstadt i. Westfalen. Nähere Auskunft erteilt die Zahlstelle des Solgarbeiterverbandes Lippstadt.

Bohrer gesucht. Verwaltungsstelle Magdeburg. Geübter Bohrer und jüngerer Bürstenmacher können sofort eintreten.

G. L. Klein, Bürstendörferfabrik Schwab. Hall. 1 Bürstenmacher auf Einzeln sucht Herm. Hausbalk, Heiligenstadt Prov. Sachsen.

Einige tüchtige Freihand-Bohrer erhalten sofort dauernde und gut bezahlte Beschäftigung. Anfragen an Stocklassa & Molitors, Borsbinderi Aktienbolag in Stockholm, St. Paulsgatan 26.

Jeder Schreiner verlange umsonst Probe-Nr. der prakt. reichillustr. Fachzeitschrift Südd. Möbel- u. Bauschreiner

Preis viertel. nur Mk. 2.— frei Haus. Verlag des Südd. Möbel- und Bauschreiner Stuttgart.

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten ein Lehrbuch des Polierens, gibt mein Jubiläumskatalog, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

Jubiläum-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoo-Politur, Nitrierte Schellack-Politur, porenschliessende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salomack.

Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Peterburger Lack.

Flintsteinpapier, Lederleime. Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—.

Porenfüller in Pulver D. R. P. laut Gutachten der beste bisher existierende.

Lackfabrik C. Bratsch, Inhaber Krohn Reinickendorf-Berlin. Gegründet 1866 u. Prämiert Gewerbeausstellung Berlin.

Suche auf sofort 2 tücht. Bürstenmacher Ww. Fr. Moog, Sagen i. W. 2-3 tüchtige Bohrer auf Schlitzen und Freihand auf sofort gesucht.

Franz Huber, Bürstenfabrikanten Gtingen, Baselland. Tüchtiger Korfschneider, Rund- und Schneider, wie auch jüngerer, zuverlässiger Korfsortierer finden dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn bei Jakob Wollheim, Korfsenfabrik Posen.

Ein jüngerer Korfsortierer für dauernde Beschäftigung. Felix Neumann, Korfsenfabrik, Magdeburg.

Korfschneider der Jürichten kann, per sofort gesucht. Heinrich Lucius, Frankfurt a. M.

Gutgehende Tischlerei, alter Konkurrenzloser Posten bei Salzburg, ist aus freier Gabe billig zu verkaufen. Zu erfragen bei J. Wacht in Liefering b. Salzburg, Osterreich.

Umfassendes Fachwissen in der Bau-, Kunst- u. Möbeltischlerei, im Zimmereigewerbe erlangt man durch die Selbstunterrichtsw. System Karnack-Hachfeld. Glänzende Erfolge. Ansichtssendungen, Prosp. u. Anerkennungsschr. gratis u. franko. Bonness & Hachfeld, Verlag Potsdam-R.

Tischler-Fachschule Detmold Werkführer- und Technikerkurse Gesehliche Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule. Zehobner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl. Staatlich subv. Progr. kostenlos

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg Erstklassige Lehranstalt Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.



Advertisement for Megerles Deutsche and Oesterreichische Lackfabriken. Grund-Megerlein, Matt-Megerlein, Megerlein-Politur, Megerlein-Ueberzugslack. Original-Grundierpräparat, schellackhaltiges, wasserfestes und feinstes Mattpräparat, gereinigt und neutralisiert, flockenfrei und höchst ausgiebig, streichbare Politur, langjährige, bewährteste Spezialität. Friedberg in Hessen. * Wien XXI. London 1906: Ehrendiplom, Ehrenkrenz, Gold. Medaille (Grand Prix). Verlag von Karl Rloß in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.